



Mitgliederzeitung der SP Schweiz

126 • CH April 2012 AZB 3001 Bern

Keystone



Das Migrationspapier ist da

Der Entwurf für ein neues SP-Migrationspapier liegt vor. Vizepräsidentin Marina Carobbio Guscetti spricht im Interview über die Inhalte des Papiers, über mögliche Konflikte und ihren eigenen Zugang zum Thema Migration.

Seiten 2, 3 und 5

POSITIONEN



Zur Initiative «für den öffentlichen Verkehr» liegt jetzt ein Gegenvorschlag des Bundesrats auf dem Tisch.

Seite 7

PRO/CONTRA



Soll die SP Spenden aus der Wirtschaft annehmen? Zwei Nationalräte und ihre Argumente dafür respektive dagegen.

Seite 15

CARTE BLANCHE



Die Organisation Bleiberecht Schweiz erklärt, warum sie Mitte März das SP-Sekretariat besetzt hat.

Seite 19

«Wichtig ist, dass es eine breite

Die SP hat die Debatte um ihr neues Migrationspapier lanciert. Vize-Präsidentin Marina Carobbio Guscetti erklärt im Gespräch, welches die zentralen Aussagen des Papiers sind, wo sich Konflikte abzeichnen und welchen Zugang sie als Tessinerin zum Thema Migration hat.

Nun liegt der erste Entwurf des Migrationspapiers vor. Warum braucht die SP ein solches Papier?

Das Thema Migration wird heute in der Bevölkerung breit diskutiert. Die Diskussion ist aber geprägt von den ausländerfeindlichen Positionen der SVP und der Bürgerlichen. Wir brauchen die Sicht der SP. Darum ist es wichtig, dass die SP jetzt eine interne Debatte führt und dann konkrete sozialdemokratische Vorschläge präsentiert.

Weshalb brauchen wir die Diskussion gerade jetzt?

Wir müssen uns positionieren. Und zwar in zwei grossen Themenfeldern. Das eine ist die Personenfreizügigkeit: Es gibt zwei Volksinitiativen, Ecomop und diejenige der SVP, vor allem aber steht die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien an, wo wir klar sagen, dass unsere Unterstützung von einer realen und substanziellen Stärkung der flankierenden Massnahmen abhängt. Das andere ist die Asyldebatte: Bundesrätin Simonetta Sommaruga wird dieses Jahr eine Revision des Asylgesetzes vorlegen und es ist wichtig, dass wir uns mit diesem Thema befassen.

Das Papier ist mit über 60 Seiten ziemlich umfassend geworden. Welches sind seine zentralen Aussagen?

Es gibt vier grosse Themen. Erstens die Steuerpolitik: Die Schweiz hat in den letzten Jahren mit tiefen Steuern viele internationale Firmen angezogen. Weil wir hier aber nicht genügend ausgebildete Fachkräfte haben, müssen die

Firmen ihre Arbeitnehmenden im Ausland holen. Die dadurch entstehende Migration führt vermehrt zu Engpässen und Verteilungskonflikten. Die Firmen profitieren so von der Standortpolitik der Schweiz, während die Bevölkerung die negativen Folgen tragen muss. Das Zweite ist die Personenfreizügigkeit: Heute profitiert vor allem die Wirtschaft davon, nicht aber die Bevölkerung. Wir fordern flankierende Massnahmen, die weiter gehen als heute. Der dritte Punkt sind die Asylverfahren. Sie müssen verkürzt werden, gleichzeitig müssen wir den Asylsuchenden Rechtsschutz garantieren. Viertens schliesslich das Thema Sans-Papiers: Wir schlagen vor, dass für Leute, die schon sehr lange in der Schweiz sind, grosszügige Härtefallregelungen gemacht werden.

Ist das Papier eine Zusammenfassung der SP-Politik der letzten Jahre, oder gibt es auch Dinge, die neu sind?

Neu sind hauptsächlich zwei Dinge. Das Erste sind die sogenannten flankierenden Massnahmen plus: Wir verlangen den Ausbau der flankierenden Massnahmen. Dies ist unsere Bedingung für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien. Das Zweite ist die Überwindung des Zwei-Kreise-Modells: Wir fordern, dass auch Personen von ausserhalb Europas in der Schweiz arbeiten können, sofern eine Nachfrage besteht.

Migration hat auch positive Seiten – geht das Papier auch auf diese ein?

Ja, sicher. Wir zeigen im Papier ganz klar auf, auch in Zahlen, dass die Schweiz auf Migration angewiesen ist. Und zwar nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch auf die Gesellschaft bezogen. Aber wir zeigen eben auch auf, wo die Probleme sind, weil wir die Probleme angehen wollen.

Das Papier wird innerhalb der SP ziemlich umstritten sein. Welche Konflikte zeichnen sich ab? Bei den flankierenden Massnahmen plus glaube ich, dass wir uns einig sind. Ausser vielleicht darin, wie entschieden wir sie zur Bedingung für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien machen wollen. Zu einigen Diskussionen wird die Überwindung



«Wir haben schon vor vier, fünf Jahren die Alarmglocken g...
Arbeitsmarkt-Probleme der Grenzregionen.

«Die Diskussion ist geprägt von ausländerfeindlichen Positionen. Wir brauchen die Sicht der SP.»

des Zwei-Kreise-Modells führen. Grosse Diskussionen wird es bei der Integrations- und der Asylpolitik geben: Bei der Frage etwa, ob man bei der Integration Bedingungen wie etwa das Erlernen einer Landessprache stellen soll. Oder bezüglich der Regularisierung von Sans-Papiers: Über die Regelung für Härtefälle, wie sie im Papier steht, sind wir uns wahrscheinlich einig. Es wird aber sicher eine Diskussion darüber geben, ob sich die SP nicht für eine Gesamtlösung einsetzen soll.

ZEITPLAN

3. April	Versand Migrationspapier an die Sektionen
3. April	Medienkonferenz zum Migrationspapier
15. Juni	Antragsfrist erste Runde
Anfang Juli	Versand Migrationspapier zweite Version
10. August	Antragsfrist zweite Runde
3. September	Tischvorlage Online
8./9. September	Parteitag

Debatte gibt»



geläutet, wurden aber nicht gehört» – die Tessiner SP-Vizepräsidentin Marina Carobbio Guscetti über die

Hast du als Tessinerin eigentlich einen besonderen Zugang zu diesem Thema?

Ich glaube schon. Die Grenzregionen haben andere Probleme als die Zentren. Wir sind zwar stärker betroffen von den Problemen im Asylwesen, das Hauptproblem ist jedoch der Arbeitsmarkt. In den Grenzregionen allgemein haben die Probleme, die heute für die gesamte Schweiz gelten, schon vor vier, fünf Jahren angefangen. Wir haben schon damals die Alarmglocken geläutet, wurden aber nicht gehört. Erst jetzt, wo auch andere Regionen und vor allem die Zentren davon betroffen sind, sucht die Politik nach Lösungen. Diese Verzögerung hat meines Erachtens auch zum Aufschwung der populistischen Parteien im Tessin und in Genf geführt.

Die Basis ist jetzt aufgefordert, sich mit dem Entwurf zu befassen. Was rätst du den Sektionen, die sich das Papier vornehmen wollen? Das hängt etwas von der Sektion ab. Im Tessin werden wir sicher die Arbeitsmarkt-Problematik in den Vordergrund rücken. Dafür werden wir in der nächsten Zeit eine Arbeitsgruppe einsetzen und auch eine Delegiertenversammlung zum Thema abhalten. In anderen Regionen ist vielleicht die Wohnungsmarkt- oder die Asyldebatte dringlicher. Das Papier ist umfassend, aber man kann sich selbstverständlich auch nur zu einzelnen Punkten äussern. Wichtig ist, dass wir innerhalb der Partei eine breite Debatte führen.

Interview: Andrea Bauer

SP sagt 3 x Nein am 17. Juni

Die Delegierten der SP Schweiz haben an ihrer Versammlung in La Chaux-de-Fonds am vergangenen Samstag die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni beschlossen: Die Parteibasis lehnt sowohl die Managed-Care-Vorlage wie auch die Volksinitiativen «Eigene vier Wände dank Bausparen» und «Staatsverträge vors Volk!» klar ab.

SP stärkt die flankierenden Massnahmen

In der Wirtschaftskommission des Nationalrats hat die SP wichtige Erfolge erzielt, welche im Interesse aller Arbeitnehmenden und nicht bloss einiger Grossunternehmer sind. Insbesondere soll das Lohndumping noch rigoros bekämpft werden und die Arbeitsbedingungen sowie die Gleichstellung von Mann und Frau verbessert werden. Damit werden auch die Spiesse für ausländische und einheimische Unternehmen endlich gleich lang. Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit müssen aber noch weiter verstärkt und ergänzt werden. Namentlich im Bereich der Mindestlöhne sieht die SP noch Handlungsbedarf. Das Geschäft wird in der Sommersession vom Nationalrat diskutiert.

SP fordert Eingliederung von Personen ohne Berufsbildung

Personen ohne Berufsbildung sind einem erhöhten Risiko bezüglich Arbeitslosigkeit und Armut ausgesetzt. Gemäss zwei neuen Studien im Auftrag der SP-Fraktion verfügen in der Schweiz 658 000 Personen zwischen 25 und 64 Jahren über keinen Berufsabschluss. Das Berufsbildungssystem bietet verschiedene Möglichkeiten an, wie Berufsabschlüsse im Erwachsenenalter nachgeholt werden können. Die vielfältigen Angebote der Berufsbildung und der ALV werden bis heute aber noch viel zu wenig genutzt. Die SP setzt sich für das Recht auf Bildung und Weiterbildung für alle ein: Der Bund soll eine zeitlich befristete Kampagne zur Förderung von Personen ohne Berufsbildung lancieren, welche von Kantonen und Sozialpartnern umzusetzen ist.

Kampagne «Nein zur Managed-Care-Vorlage» läuft an

Das Komitee gegen die Managed-Care-Vorlage hat die Kampagne für die Abstimmung vom 17. Juni gestartet. Mit dem Slogan «Freie Arztwahl verlieren? Nein zur Managed-Care-Vorlage» kämpfen Parteien und Organisationen verschiedener Couleur gegen die Vorlage. Für die SP ist ein Nein unabdingbar: Mit der Vorlage würde die Steuerung im Gesundheitswesen den Krankenkassen überlassen, die PatientInnen müssten immer mehr Kosten selber tragen und die Wahlfreiheit würde zum Privileg der Begüterten. So würde die Sparpolitik im Gesundheitsbereich verstärkt und das Gesundheitssystem weiter kommerzialisiert.

Die SP-Frauen Schweiz bilden eine eigenständige Organisation innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Sie politisieren pointiert feministisch und setzen sich anwaltschaftlich für Frauenanliegen in der Politik ein.
Auf die ordentliche Konferenz vom 18. August 2012 hin suchen wir

2 NEUE CO-PRÄSIDENTINNEN

Eine aus der deutschen und eine aus der lateinischen Schweiz. Mindestens eine der beiden muss im nationalen Parlament vertreten sein.

Wir bieten dir:

- eine national gut vernetzte Plattform für linke Frauenanliegen
- die Möglichkeit feministische Politik in der Schweiz zu gestalten
- Positionierungsmöglichkeiten in der Schweizer Polit- und Medienlandschaft
- ein gut funktionierendes Zentralsekretariat
- die Möglichkeit in der GL der SP Schweiz Einsitz zu nehmen
- ein internationales Kontaktnetz

Wir suchen dich:

- mit feministischem Leistungsausweis
- als Angehörige des nationalen Parlamentes oder als politisch bekannte Persönlichkeit
- mit dem Willen und der Lust dich für linke Frauenanliegen in der Schweiz zu engagieren und zu positionieren
- als führungsstarke und basisdemokratisch erprobte Persönlichkeit
- aus der deutschen oder der lateinischen Schweiz

Das Amt wird mit 7500 Franken pro Jahr und Co-Präsidentin entschädigt. Der Arbeitsaufwand entspricht etwa einer 10-Prozent-Anstellung. Fragen gehen an die jetzige Co-Präsidentin Julia Gerber Rüegg, info@juliagerber.ch oder 079 635 64 60.

Fragen, Bewerbungen, resp. Empfehlungen der kantonalen SP Frauen oder ihrer Nachfolgeorganisationen gehen bis am 1. Mai 2012 an Barbara Berger, Zentralsekretärin der SP Frauen Schweiz, barbara.berger@spschweiz.ch, 031 329 69 90, 079 333 72 88.

Die Kandidatinnen werden sich an der Frauenkoordination vom 5. Mai 2012 vorstellen.

Anschliessend geht eine Wahlempfehlung der Frauenkoordination an die Frauenkonferenz vom 18. August 2012.

Die Wahl findet an der Frauenkonferenz vom 18. August 2012 statt.

www.sp-frauen.ch



syndicom ist die führende Gewerkschaft in den Branchen Post, Logistik, Telekommunikation, Informationstechnologie sowie Medien und zählt landesweit rund 44 000 Mitglieder.
Wir setzen uns ein für die Rechte der Arbeitnehmenden und für eine soziale und weltoffene Schweiz.

Wir suchen per sofort oder nach Vereinbarung eine/n



JUGENDSEKRETÄR/IN (80%)

Als Zentralsekretär/in für die Jugend nehmen Sie die Vertretung der Jugend innerhalb der Gewerkschaft, in Politik und gegenüber Arbeitgebern wahr. Sie sind verantwortlich für die Planung und Durchführung von nationalen Jugendkampagnen und koordinieren die gewerkschaftliche Jugendarbeit in den Regionen, wobei Sie jugendspezifische Werbestrategien und Dienstleistungen zusammen mit den Regionalsekretär/innen erarbeiten und umsetzen.

Ihnen obliegt im Rahmen der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit die Kooperation und Kontaktpflege mit Ämtern, Behörden, anderen Verbänden und Bildungsträgern sicherzustellen. Sie vertreten syndicom zudem beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund und in andern Gremien.

Wir erwarten von Ihnen

- eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Universitäts- oder Fachhochschulabschluss,
- erste mehrjährige Berufserfahrung,
- Erfahrung in jugendpolitischen Fragen,
- Erfahrung und gute Vernetzung in Gewerkschaften oder anderen Non-Profit-Organisationen,
- Projekt- und Kampagnenerfahrung,
- Interesse an gewerkschaftlichen/(sozial)politischen Fragen,
- ausgezeichnete Planungs- und Organisationsfähigkeiten,
- Verhandlungssicherheit in Deutsch und/oder Französisch, mit sehr guten Kenntnissen der jeweils anderen Sprache, weitere Sprachen von Vorteil,
- gute Informatikkenntnisse,
- Alter idealerweise bis 28jg.

Die Anliegen unserer Mitglieder zu vertreten steht für Sie im Zentrum, und Sie sind gewohnt, flexibel und situationsbezogen zu handeln. Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick und Teamfähigkeit setzen wir für diesen anspruchsvollen und interessanten Job voraus.

syndicom bietet nicht nur vielseitige Tätigkeiten in einem politischen Arbeitsumfeld, sondern auch aussergewöhnlich gute Arbeitsbedingungen.

Interessiert? Dann senden Sie Ihre vollständige Bewerbung bis 16. April 2012 an syndicom, Personalabteilung, Monbijoustrasse 33, 3011 Bern. Nähere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Bernadette Häfliger Berger, Leiterin Gleichstellung und Recht/Mitglied der Geschäftsleitung unter Tel. 058 817 18 34.

Das Migrationspapier in Kürze

Die Schweiz ist und bleibt ein Einwanderungsland. Ziel der Politik ist es, unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spielregeln so zu gestalten, dass diese Tatsache zu einem Gewinn für alle statt bloss für ein paar wenige wird. Diese Aufgabe ist umso dringlicher, als die verstärkte Einwanderung zunehmend mit der Wachstumsfrage verknüpft wird.

Falsche steuerliche Anreize überfordern das System

Eine zentrale Ursache für das rein quantitative Wachstum liegt in der verfehlten bürgerlichen Standort- und Steuerpolitik. Die Schweiz lockt mit den tiefsten Steuern aller strukturstarken Länder internationale Firmen an, obwohl sie gar nicht über genügend qualifiziertes Personal verfügt. Die Folge ist der Transfer von zusätzlichen Arbeitsplätzen und Angestellten in die bereits überhitzten wirtschaftlichen Brennpunkte.

Den Nutzen davon haben fast ausschliesslich die Konzerne, während die Öffentlichkeit die negativen Folgen (explodierende Immobilienpreise und Mieten etc.) zu tragen hat. An den bekannten Hotspots des Wachstums hat sich die Konkurrenz um Wohnraum und Ressourcen derart verschärft, dass für eine breite Öffentlichkeit die Grenze des Wünschbaren mittlerweile überschritten ist.

Ausbildung statt Abhängigkeit vom Ausland

Die Schweiz hat traditionell immer von der Einwanderung profitiert und wird insbesondere aus demografischen Gründen weiterhin auf Einwanderung angewiesen sein. Die ausländischen Fachkräfte helfen mit, den Wohlstand zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten. Doch die Abhängigkeit, die entsteht, weil die Schweiz die Aus- und Weiterbildung im Inland vernachlässigt und einfach auf den Import von ausländischem Know-how setzt,

ist riskant. Gerade auch weil Fachkräfte europaweit gesucht sind. Die Schweiz braucht deshalb dringend eine Fachkräfte-Bildungsoffensive, um ihre Abhängigkeit von Rekrutierungen im Ausland zu mindern.

Integration ist auch Pflicht der Wirtschaft

Die Wirtschaft holt Arbeitskräfte, aber es kommen Menschen. Die Unternehmen müssen sich deshalb angemessen an den politischen, finanziellen und kulturellen Kosten der zusätzlich notwendigen Infrastrukturen und der Integration beteiligen. Aus den Fehlern der Vergangenheit muss gelernt werden: Die gescheiterte Saisonierpolitik hat gezeigt, dass ein eingeschränkter Familiennachzug nur Nachteile bringt.

Für viele politische Versäumnisse der letzten Jahre funktioniert die verstärkte Einwanderung wie ein Vergrösserungsglas: Sie zeigt auf, wo längst überfällige Reformen

angepackt werden müssen – etwa in der Wohnbau-, Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitik. Wie bei jedem anderen Öffnungsschritt kann dieses Potenzial nur im Verbund mit wirksamen und konsequenten inneren Reformen gewinnbringend genutzt werden.

Besser flankieren statt neue Kontingente

Es bringt nichts, die Einwanderung über administrative Hürden, Kontingente oder Einwanderungsbeschränkungen steuern zu wollen.

Wie ein Vergleich der politischen Handlungsoptionen im Positionspapier belegt, lassen sich nur mit zusätzlichen, wirkungsvollen flankierenden Massnahmen (FLAM plus) Lohndruck und allgemein sinkende Lebensqualität verhindern. So kann die Personenfreizügigkeit im Interesse aller gestaltet werden: Freiheitsrechte und soziale Gerechtigkeit bleiben gewahrt und auch die Nachfrage nach Arbeitskräften kann befriedigt werden.

Wirkliche Integration durch politische Teilhabe

Über kurz oder lang ist keine nachhaltige Integration ohne demokratische Mitwirkungsrechte und politische Teilhabe möglich. Ein wichtiges Instrument hierzu bildet die rasche Einbürgerung unter Beibehalt der bisherigen Staatsbürgerschaft. Genauso unverzichtbar ist eine aktive Förderung der Nichtdiskriminierung und der Chancengleichheit.

Die Einwanderung auf Europa zu beschränken und die Menschen aus der restlichen Welt praktisch vollständig auszugrenzen, ist keine nachhaltige Lösung. Längerfristig wird das Zweikreisemodell in Koordination mit der EU gelockert werden müssen, damit nicht nur hochqualifizierte Spezialisten, sondern auch weniger qualifizierte Personen von ausserhalb Europas die Möglichkeit erhalten, legal in der Schweiz zu arbeiten, wenn dafür eine reale Nachfrage besteht.

Asylverfahren müssen kürzer werden

Die Asylverfahren für Verfolgte dauern momentan viel zu lange und müssen im Interesse gerade auch der Asylsuchenden verkürzt werden. Der Rechtsanspruch auf einen sicheren Aufenthalt für Verfolgte muss gewahrt werden. Für Personen, die nach einem fairen Asylverfahren nicht als schutzbedürftig anerkannt worden sind, braucht es einen konsequenten Vollzug, damit sie die Schweiz möglichst schnell wieder verlassen. Für Personen jedoch, die sich seit Jahren in der Schweiz aufhalten, muss eine Härtefallregelung gefunden werden, die deutlich grosszügiger ist als die heutige.

Handlungsbedarf besteht angesichts der unhaltbaren Situation der Sans-Papiers: Personen, die seit mehreren Jahren ohne Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz sind, sollen über eine grosszügige Einzelfalllösung legalisiert werden können. Elementar ist, dass Sans-Papiers – und insbesondere auch ihre Kinder – zum Gesundheits- und Bildungssystem Zugang haben. Kinder, die für ihren Status noch weniger verantwortlich sind als deren Eltern, dürfen nicht um ihre Zukunft betrogen werden.



GLIEDERUNG UND AUFBAU

Im **ersten Hauptteil** werden Risiken und Probleme der aktuellen Einwanderung, aber auch der Reformstau im Asylbereich analysiert. Im **zweiten Hauptteil** werden Chancen und Nutzen der Einwanderung aufgezeigt. Diese können jedoch nur mit dem richtigen politischen Werkzeugkasten fruchtbar gemacht werden: Dazu werden im **dritten Teil** die verschiedenen Handlungsoptionen miteinander vergli-

chen und dann im **vierten Teil** das erfolgversprechende Modell «FLAM plus» erläutert. Im **fünften Teil** wird die Vision einer solidarischen Migrationspolitik im globalen Kontext erläutert, die eine schrittweise, europäisch koordinierte Überwindung des Zwei-Kreis-Modells beinhaltet.

→ www.spschweiz.ch/migration

STANDPUNKT

Stefan Hostettler
Generalsekretär a. i.



Die anderen haben das Geld und wir die Medien?

Für uns kamen die Zahlen der Studie zur bürgerlichen Übermacht in der Wahl- und Abstimmungswerbung ja nicht wirklich überraschend. Es ist unser Schicksal, bei fast allen Abstimmungskämpfen gegen die geballte Finanzkraft von Economiesuisse & Co anzutreten. Nun ist es offiziell belegt: Bei 5 von 6 Abstimmungen kann deren Lager mehr als doppelt so viele Werbemittel einsetzen wie das andere. Bei zwei Dritteln übertrifft das Ungleichverhältnis gar den Faktor 4. Zerknirscht nimmt die Linke seit jeher zur Kenntnis, dass die Unentschlossenen in den letzten Tagen mit zugepflasterten Bahnhöfen und omnipräsenten Inseraten gewonnen werden. Uns bleiben die Strassenaktionen.

Nein, ich glaube nicht an die Gültigkeit des Bonmots von Polit-PR-Übervater Rudolf Farner, wonach mit einer Million Franken sogar ein Kartoffelsack ins Bundeshaus gewählt wird. Aber wer behauptet, diese Kampagnen hätten keine Wirkung, der muss einmal erklären, wieso sich für solche Aktionen Financiers finden lassen.

Mehr als leer schlucken musste ich aber, als ich folgende Zeilen des Studienautors in der «NZZ am Sonntag» entdeckte: «Zumindest in der Tendenz nicht komplett falsch» sei, dass die finanzielle Übermacht der Wirtschaft und der bürgerlichen Parteien durch die Linkslastigkeit der Medien ausgeglichen würde. Es wird die «fruchtbare Dialektik» zwischen den nach links tendierenden Medienschaffenden und dem Kapital gepriesen. Wäre diese Einschätzung drei Wochen später erschienen, hätte ich sie als April-Scherz verstanden.

Wie man ernsthaft mit der Mär der linken Medien die Schweizer Polit-Realität so schönreden kann, ist mehr als erstaunlich. Selbst wenn die Spezies des engagiert links politisierenden Journalisten in den Newsrooms noch nicht ganz ausgestorben ist, seien alle Schönschwätzer daran erinnert, dass der Kurs einer Zeitung und die Kommentare schon immer von oben vorgegeben wurden. Wenn dereinst einmal die Mehrheit der VerlegerInnen und ChefredaktorInnen dem linken Lager angehören – und nicht nur in jungen Jahren einmal links gewählt haben –, dann können wir über diese befruchtende Dialektik zwischen «Geld und Geist im Kampf um politische Aufmerksamkeit» nochmals diskutieren. Bis dahin ist es nicht mehr als ein äusserst billiges Ablenkungsmanöver.

10 Projekte für die SP

1 INTERNE BILDUNG STÄRKEN

Die SP erarbeitet ein Bildungskonzept, das jährlich erneuert wird. Zielgruppen sind FunktionsträgerInnen, interessierte Mitglieder und SympathisantInnen. Dabei koordiniert sie die Bildungsarbeit mit der Juso. Das Förderprogramm «Junge Perspektive» wird erweitert. Eine Begleitgruppe Bildung unterstützt die Bildungsverantwortlichen.

2 THEMENMANAGEMENT-STELLE

Der/die InhaberIn dieser Stelle durchforstet Studien und Ergebnisse von Think Tanks und Instituten, internationale Zeitungen und relevante Zeitschriften, formuliert Fragestellungen für Arbeiten und vernetzt Fachleute aus Wissenschaft, NGOs und Schwesterparteien. Die Erkenntnisse werden an die Entscheidungsgremien der SP weitergeleitet.

3 STÄRKUNG DER KANTONALPARTEIEN

Die Betreuung der Kantonalparteien wird verstärkt und sie werden von administrativen Aufgaben entlastet. Die Bildungsarbeit (s. oben) und ein Handbuch für die Arbeit auf kantonalen Sekretariaten erlauben es neuen Mitarbeitenden, das nötige Wissen zu erlangen.

4 STÄRKUNG DER SEKTIONEN

Die rund 60 Städte mit 10 000 bis 30 000 Einwohnenden sind neben den Grossstädten für die SP zentral. Dort werden wir künftig Wahlen und Abstimmungen gewinnen oder verlieren. Mit ihnen soll deshalb der Kontakt intensiviert werden. Es braucht ein spezielles Handbuch, einen regelmässigen Austausch und jährlich eine Konferenz.

5 AUSBAU DES FUNDRAISING

Es braucht neue Ansätze: eine aktive Bewirtung der Gruppe2015 (SP-SponsorInnen), eine Legatsstrategie und eine Stärkung des e-Fundraising. Die Fundraising-Abteilung wird aufgestockt um eine Stelle, die sich um die Weiterentwicklung des Fundraising kümmert.

6 STÄRKERE ZUSAMMENARBEIT MIT MIGRANTINNEN

Es soll eine eigenständige, statutarisch festgehaltene Repräsentanz für MigrantInnen geschaffen werden (Organisation innerhalb der SP-Strukturen). Die untervertretenen MigrantInnen sollen besser in der SP integriert werden. Mehrfachmitgliedschaften sollen gefördert und die Zusammenarbeit mit Kulturvereinen gestärkt werden.

7 VERBESSERUNG MOBILISIERUNG UND DATENBANK

Die Zahl der Mail-Adressen, die regelmässig angegangen werden, muss erhöht werden. Zur Stärkung der Kampagnenfähigkeit muss die Datenbank ausgebaut und professionalisiert werden. Für Betreuung und Ausbau der Online-Plattform sp-mitmachen.ch und der Social Media müssen genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

8 ÖFFNUNG UND PFLEGE DER MITGLIEDSCHAFTEN

Ansprache und Betreuung der Mitglieder müssen weiter verbessert, die Mitgliederentwicklung auf allen Ebenen thematisiert werden. Mitgliederbeauftragte in den Kantonen werden geschult. Die Anzahl SpenderInnen und regelmässig Unterschreibender muss weiter erhöht werden, sie sollen zur Mitarbeit als SympathisantInnen ermuntert werden.

9 STÄRKUNG DER FACHKOMMISSIONEN

Damit die Fachkommissionen noch stärker zur Geburtsstätte inhaltlicher Ideen werden, müssen sie gestärkt und klarer strukturiert werden. ExpertInnen aus der Partei und ihrem Umfeld müssen durch Mitarbeit in den Fachkommissionen besser organisiert werden. Gleichzeitig braucht es eine stärkere Verbindlichkeit der Mitarbeit.

10 STÄRKUNG DER GENERATIONEN

Es braucht innerhalb der Partei eine nationale Struktur für Leute über 60. SP 60+ soll von einem Präsidium geleitet werden und Antragsrecht an DV und Parteitag erhalten. Gleichzeitig braucht es eine weitere Stärkung der Juso. Der Übergang von der Juso zur SP muss noch klarer geregelt sein und möglichst automatisch verlaufen.

Ende 2011 hat die Geschäftsleitung der SP Schweiz 10 Projekte lanciert (siehe linke Seite). Sie sollen die Stossrichtung der organisatorischen Weiterentwicklung im kommenden Jahr aufzeigen und zur Stärkung der SP in ihrer Kampagnenfähigkeit und als Organisation beitragen. Viele der Projekte wurden bereits im Wahlkampf 2011 vorangetrieben und sollen weitergeführt werden. «links» wird laufend über einzelne Projekte berichten – vier davon werden hier vorgestellt.



Stärkung der MigrantInnen

Die SP hat bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund einen guten Ruf. Viele richten ihre Hoffnungen und Erwartungen an sie. Dennoch sind MigrantInnen in der SP insgesamt untervertreten. Das soll sich ändern.

Ein Drittel der Menschen in der Schweiz hat einen Migrationshintergrund. Es leben rund 1,8 Millionen AusländerInnen in der Schweiz. Hinzu kommen rund 900 000 Personen, welche die Schweiz seit 1970 eingebürgert hat. Jedes Jahr werden über 40 000 Personen neu eingebürgert – von eidgenössischer Wahl zu eidgenössischer Wahl sind es über 172 000 Eingebürgerte, die neu wählen können.

Meinungsumfragen zeigen, dass die SP in einzelnen Diaspora Sympathiewerte von 40 Prozent und mehr erreicht. Dennoch sind die MigrantInnen in der SP auf allen Ebenen – in den lokalen Sektionen, in den Kantonalparteien und auf Bundesebene – insgesamt klar untervertreten.

Zwar gibt es Kantonalparteien und einzelne Sektionen, die sich vom allgemeinen Muster positiv abheben. Noch gibt es aber viele Sektionen, die keine AusländerInnen als Mitglieder und AktivistInnen willkommen heissen und in ihre leitenden Organe ge-

wählt haben. Immer noch verfügen nicht alle Kantonalparteien über Migrations- und Integrationskommissionen, welche die politische, soziale und gesellschaftliche Integration und Gleichstellung der MigrantInnen voranbringen können. Und bei weitem nicht alle Kantonalparteien verfügen über Kommissionen für internationale Solidarität, in welche die verschiedenen Diaspora in der Schweiz ihr Wissen und ihre sozialen Beziehungen zu ihrem Herkunftsland einbringen können. Das aber könnte die internationale Solidaritätsarbeit der SP auf eine ganz neue, wirkungsvolle Grundlage stellen.

Aktionsplan für SP-MigrantInnen

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz will das ändern und hat deshalb im Rahmen ihrer zehn Projekte zur organisatorischen Erneuerung der Partei ein Projekt zur Stärkung der Position der MigrantInnen in der SP lanciert. Ähnlich wie in der Gewerkschaft Unia soll den SP-MigrantInnen neben den SP Frauen und den Jusos zu einer statutarisch abgesicherten Position verholfen werden.

Zur breiten Lancierung dieser Diskussion führt die SP Schweiz am 14. April in Bern eine grosse Tagung durch, an welcher gemeinsam mit innerhalb und ausserhalb der SP aktiven MigrantInnen über erste Schritte diskutiert

wird. Mitwirken werden einerseits VertreterInnen von sozialdemokratischen Schwesterparteien, welche in der Schweiz oft über eigene Sektionen verfügen. So zählt allein die Demokratische Partei Italiens in der Schweiz über 6000 Mitglieder. Die Ausland-ItalienerInnen verfügen über das Stimm- und Wahlrecht und haben eigene, in der Schweiz wohnhafte Abgeordnete ins italienische Parlament nach Rom gewählt. Auch die rund 150 000 Auslandfranzosen und Auslandfranzösischen in der Schweiz und in Liechtenstein bilden anlässlich der bevorstehenden Wahlen in Frankreich erstmals einen eigenen Wahlkreis. Spitzenkandidatin der SP Frankreich ist Nicole Castioni aus Genf, welche zuvor während acht Jahren für die SP im Genfer Kantonsparlament mitwirkte. Daraus ergeben sich viele Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung. Doppelmitgliedschaften bei der SP Schweiz und den Schweizer Sektionen sollen gefördert und gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden.

Zweites grosses Thema des SP-Migrationsseminars vom 14. April ist die Stärkung der MigrantInnen innerhalb der Partei und die Förderung der Zusammenarbeit mit deren Organisationen – von den Second@sPlus über die Kulturvereine der verschiedenen Diaspora bis zur FIMM, welche sich um die bessere Integration von MigrantInnen in der Schweiz bemüht. Ziel ist die Entwicklung eines gemeinsamen Aktionsplans, der Aufbau eines Netzes von Vertrauensleuten, die Wahl eines provisorischen Vorstandes der SP-MigrantInnen und die Formulierung möglichst konkreter Projekte, die bis zur Definition von Quoten auf SP-Wahllisten und in SP-Gremien gehen könnten.

TAGUNG SP MIGRANTINNEN

Samstag, 14. April 2012, PROGR Zentrum für Kulturproduktion, Waisenhausplatz 30, Bern

- 10.15 **Eröffnung der Tagung/Vorstellung der Projektidee:** Christian Levrat, Präsident SP Schweiz; Peter Hug, Internationaler Sekretär; Osman Osmani, Projektbeauftragter
- 10.45 **Stärkung der Zusammenarbeit mit Schweizer Sektionen von Schwesterparteien**
- 11.30 **Organisation der «SP MigrantInnen»:** Zusammenarbeit mit Organisationen der Diaspora
- 13.30 **Migrationspolitisches Positionspapier der SP Schweiz:** Präsentation und Podium
- 15.30 **Ende**

Das genaue Programm findet sich unter: www.spschweiz.ch/migrantinnentagung
Anmeldungen bis am 10. April an migration@spschweiz.ch



Peter Hug ist internationaler Sekretär der SP Schweiz und Fachsekretär für Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Stärkung der Sektionen

In den Medien stehen meist die nationale und die kantonale Politik der SP im Rampenlicht. Die Basis wird aber nicht durch die SP Schweiz oder die Kantonalparteien organisiert und zusammengehalten, sondern durch die Sektionen.

Es sind landauf, landab Genossinnen und Genossen an der Basis und in der Regel ohne Mandat oder mediale Aufmerksamkeit, die die Werte und Ideale unserer Partei am Leben erhalten. Es sind die Sektionen, die die politische Arbeit vor Ort organisieren. Aus diesem Grund wollen und müssen wir den vielen, vielen Säulen unserer Partei die nötige Aufmerksamkeit entgegenbringen und unseren Mitgliedern mit dem gleichen Engagement begegnen, das wir umgekehrt auch von ihnen in zahlreichen Wahl- und Abstimmungskämpfen abfordern.

Mit den Kantonalparteien zusammen wurde in den letzten Jahren versucht, die Sektio-

nen zu stärken – mit unterschiedlichem Erfolg. Es bleibt auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe der Kantonalparteien, die Sektionsstruktur zu stärken – die SP Schweiz hat hier eine unterstützende Funktion. Als eines der 10 organisatorischen Reformprojekte will die SP Schweiz der Bedeutung der Sektionen Rechnung tragen und sich noch intensiver auf die Stärkung derselben in administrativer und organisatorischer Hinsicht konzentrieren.

In enger Zusammenarbeit mit den Sektionen und den Kantonalparteien wollen wir Werkzeuge und Hilfestellungen entwickeln, die die organisatorische und politische Arbeit erleichtern sollen. Zu Beginn fokussieren wir hierbei auf zwei Ziele: Erstens wollen wir eine Entlastung der Vorstände vom administrativen Aufwand erreichen. Wir haben dabei vor allem das oft zu beobachtende Ungleichgewicht zwischen reinen Verwaltungsaufgaben und politisch-inhaltlichen und politisch-mobilisierenden Aufgaben im Blick. Damit eng verbunden sehen wir zweitens die Notwendigkeit, die Ak-

tivierung und Mobilisierung unserer Basis verstärkt anzugehen. Mittels einer Intensivierung der Mitgliederbetreuung und -pflege wollen wir schrittweise die Aufgaben der Sektionen auf mehr Schultern verteilen, womit wir auf eine Entlastung der Vorstände abzielen.

Bei über 800 Sektionen und über 30000 Mitgliedern erscheint das Projekt ambitioniert. Hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung unserer Partei müssen wir in diesem Bereich aber Fortschritte erzielen. Darum rufen wir auch alle BasisaktivistInnen dazu auf, sich in den Sektionen selbst, bei den entsprechenden Stellen der Kantonalparteien und mit uns in einem fortwährenden Erfahrungsaustausch zu engagieren.

Christian Götz ist Projektleiter bei der SP Schweiz



Das Projekt SP60+

Statt über die Überalterung und die Abwanderung von Stimmen zu jammern, bindet die SP die Altersgruppe der über 60-Jährigen stärker ein und gründet eine eigene Organisation für sie: die SP60+.

Die Schweiz wird älter – und damit nimmt die Zahl älterer Genossinnen und Genossen ebenfalls zu. Auch leben sie zunehmend gesünder, sind altersbewusst und bleiben länger aktiv und engagiert. Das ist ein immer grösser werdendes Potenzial, das die SP nutzen kann. In vielen Kantonalparteien beträgt der Anteil an über 60-jährigen Mitgliedern über 20 Prozent. Aber viele ältere Parteimitglieder ziehen sich, aus verschiedenen Gründen, aus dem politischen Leben zurück; sie werden stimmabstinent oder sie wählen sogar eine Partei, die ihre aktuellen Anliegen, wie sie meinen, besser zu berücksichtigen scheint.

Deshalb will SP60+ für ältere Genossinnen und Genossen die Möglichkeit schaffen, sich politisch stärker zu beteiligen. SP60+ will eine Stimme haben, wenn es ihre Altersgruppe betrifft.

Zum Beispiel:

- mitreden, wenn ein neues Parteiprogramm entsteht, und nicht auf Fragen von materieller Sicherheit eingeschränkt werden,
- sich gegen die widerrechtliche Aushöhlung des KVG stellen, die meist zu Ungunsten der älteren Menschen geht,



- direkt reagieren, wenn für ältere Jahrgänge höhere Krankenkassenprämien gefordert werden.

Dabei beschränkt sich SP60+ nicht nur auf die Wahrnehmung ihrer altersspezifischen Interessen, sondern ist solidarisch mit jüngeren Generationen.

Am Parteitag vom 8./9. September 2012 wird über den Antrag, SP60+ in die Statuten zu integrieren, sowie über das dazu gehörende Reglement abgestimmt. Vorgesehen ist, dass mit Willenserklärung über 60-jährige Genossinnen und Genossen Mitglied werden können.

Eine Kerngruppe von acht Genossinnen und Genossen aus den Kantonen Baselland, Basel-Stadt, Bern, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen und Zürich hat während über zweier Jahre SP60+ vorbereitet. Jetzt kann gegründet werden. Die Kerngruppe ist überzeugt: Die Partei braucht SP60+.

Marianne de Mestral ist designierte Kopräsidentin der SP 60+





BILDUNGSPOLITIK:

Gestalten trotz Sach- und Sparzwängen!

Endlich ein gemeinsames Bildungssystem in beiden Basler Kantonen! Das war im Herbst 2010 der Haupttenor nach den Abstimmungen über den Beitritt zum Konkordat über die schweizerische Bildungsharmonisierung unter dem Titel HarmoS. In der Tat war es gelungen, die formalen Strukturen der Schulstufen in beiden Basel anzugleichen. Das «links.bs-bl» hat bei der Basler Grossrätin Sibylle Benz und beim Baselbieter Landrat Marc Joset nachgefragt, wo denn dieses Projekt heute steht.

Etwa im Vierjahresrhythmus waren im Baselbiet dieser Entscheidung seit den Neunzigerjahren Abstimmungsgänge vorangegangen, in denen das Bildungsgesetz revidiert wurden, führt Marc Joset aus. In Basel-Stadt hatte man gar die Umstellung auf die Orientierungsstufe vollzogen, eine Reform, die in der Umsetzung viele Diskussionen zur Folge hatte.

Diese politischen Entscheide, Debatten und Reformprozesse absorbierten in diesen Jahren viele Ressourcen und versetzten die Lehrpersonen in permanente Unruhe. Besonders im Baselbiet wurde die Stimmung unter den Lehrpersonen bis vor etwa einem Jahr jeweils durch einen angriffigen und polemischen Lehrerver-

einsvorstand angeheizt. Bei der Einführung von HarmoS wirkte sich das aus, obwohl es eigentlich vor allem um formale Anpassungen und weniger um inhaltlich relevante Reformen ging.

Ein Dilemma wird hier sichtbar, das ernst genommen werden muss. Auf der einen Seite haben viele – gerade im Bildungsbereich – genug «Reformitis» erlebt und wollen sich auf die Kernarbeit konzentrieren. Andererseits gehen vor allem auch die sozialdemokratischen Erwartungen und Visionen nach wie vor über die formale Angleichung hinaus. Hier wird auch eine gewisse Enttäuschung sichtbar. Geplant war, wie Sibylle Benz ausführt, eine Harmoni-

sierung, bei der es um eine Stärkung der Bildung gehen sollte. Kantonsübergreifend, im Idealfall schweizweit, wollte man sich verständigen über Bildungsinhalte, neue zeitgemässe Anforderungen, Stärkung der Basisbildungsinhalte, Spracherwerb im frühen Kindesalter, Neugestaltung des Schuleingangsbereichs, die integrative Bildung, die bestmögliche Förderung des einzelnen Lernenden, Durchlässigkeit und mehr sollten im Mittelpunkt der Reformen stehen. Wirklich gelungen ist aber vor allem die Harmonisierung auf der Ebene der Strukturen.

Reformen unter Spardruck – Geld nur für Hüllen und Strukturen?

Die Ausgangslage in den beiden Basler Kantonen war sehr unterschiedlich. Im Baselbiet entstand wegen der Sparübungen bei den Lehrpersonen die Befürchtung, dass nun die gesprochenen, aber knappen Ressourcen zur Umsetzung von HarmoS noch gekürzt werden könnten, wie Marc Joset erläutert. Auch wenn dies nicht der Fall zu sein scheint, → Seite 10

→ Seite 9 so behalten entsprechende Befürchtungen ihre Berechtigung, werden doch durch die anderweitigen Sparmassnahmen im Bildungswesen die Rahmenbedingungen verschlechtert, was wiederum die Motivation der Lehrpersonen schwächt, neue Wege anzutreten.

Auch Sibylle Benz bestätigt, dass in den Schul- und den Lehrerzimmern wenig Aufbruchstimmung zu verspüren sei. Man müsse sich vor Augen halten, wofür das zur Verfügung stehende Geld vorwiegend ausgegeben werde: Der Regierungsrat hat dem Parlament vorgeschlagen, zu Lasten der Rechnungen 2011 bis 2019 für die baulichen Massnahmen 132 Mio. Franken auszugeben.

Nicht mit eingerechnet war hier der Bau von vier neuen Schulhäusern und weiteren Neu- und Erweiterungsbauten. Andererseits stehen nur 6 Mio. Franken, über acht Jahre verteilt, zur Verfügung, um Lehrerinnen und Lehrer von Unterrichtslektionen zu entlasten, während sie im Rahmen von HarmoS Zusatzaufgaben leisten.

Sibylle Benz: «Ich gewinne nicht den Eindruck, dass es in Basel die Absicht wäre, auf dem «Buckel» der Reform zu sparen. Aber ich gewinne eben auch nicht den Eindruck, dass wesentlich Geld eingestellt wird, um Visionen für eine gute Bildung umzusetzen. Es wird viel in die «Hardware» investiert, die «Software» aber wird kaum aufgestockt.»

Marc Joset kritisiert denn auch das Fehlen von weiter reichenden Perspektiven, die er vor allem im Bereich der Verbesserung der Tagesstrukturen ortet: «Solange der Lehrplan 21 nicht umgesetzt ist und es kein Anzeichen

von Reformen in Richtung von echten Tagesschulen gibt, bleibt HarmoS eine formale Harmonisierung der verschiedenen kantonalen Schulsysteme – was meines Erachtens durchaus seine Berechtigung hat. Unsere bildungspolitischen Vorstellungen bleiben Visionen und Illusionen.»

Qualität in den Tagesstrukturen

Für eine sozialdemokratische Bildungspolitik kann das nicht genügen. Wo sind die Visionen und Projekte, die über den harmonisierten Tellerrand hinausreichen? Wo können und müssen wir mehr tun im Hinblick auf die Verbesserung der Chancengleichheit? Für Sibylle Benz

«Wo bleiben die Visionen und Projekte, die über den harmonisierten Tellerrand hinausreichen?»

liegt diese in der Qualität der Tagesbetreuung und der Tagesstrukturen. Eine der wichtigsten Leitideen ist dabei, dass die künstliche Aufteilung zwischen Betreuungsangebot und Schule, die Trennung von Erziehung und Bildung, von Betreuung und Förderung überwunden werden muss. Nicht einzelne Lektionen sollen über den ganzen Tag verstreut werden, sondern Aktivitäten sollen konzentriert und koordiniert werden. Musik und Sport sollen Raum haben und so gut wie möglich mit der Schule vernetzt werden.

Über den Zusammenhang von Frühförderung und Chancengleichheit haben wir in der SP schon viel gesprochen. Es gibt aber noch ein anderes Feld: die höhere Bildung und die Chancengleichheit. Viele Jugendliche

aus unteren Schichten und aus Familien mit Migrationshintergrund sind krass benachteiligt, wenn es darum geht, sich via Schule Zukunftschancen zu ergattern. Der Ausbau von Tagesstrukturen ist zwar dringend nötig, aber (nur) eine zeitliche Aneinanderreihung von teilweise unabhängigen «Betreuungsgefässen» (Schule – Mittagstisch – Nachmittagsbetreuungs-Module) genügt unseren Vorstellungen von echten Tagesschulen nicht. «Echte» Tagesschulen beruhen auf einem gemeinsamen pädagogischen Konzept von Schule und Betreuung.

Auf die Frage, ob wir uns investitionsintensive Projekte wie die Schaffung dieser Tagesstrukturen überhaupt leisten können, fällt die Antwort klar und deutlich aus: Sie sind schlichtweg notwendig, sagt Sibylle Benz. Sie ersparen uns rein volkswirtschaftlich gesehen grosse Summen, die der Staat nicht aufbringen muss, weil eine gewisse Anzahl Menschen dank besserer Bildungschancen von klein auf im Jugend- und Erwachsenenalter nicht unterstützungsbedürftig ist, nicht arbeitslos ist, nicht unintegriert ist, nicht von einem Massnahmenvollzug betroffen ist. Sie sind aber auch sozial ein Gewinn.

Marc Joset ist Landrat, Mitglied der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission und Präsident der Finanzkommission. Beruflich ist er auch als Bildungsberater tätig mit Büro in Basel-Stadt.



Sibylle Benz ist Grossrätin, Mitglied der Bildungscommission und beruflich Gymnasiallehrerin in Liestal.



AGENDA SP BASEL-STADT

Mittwoch, 4. April

Roter Feierabend – die Nachfolge der Heubar

Consierge, Utengasse 28, 18 Uhr

Dienstag, 24. April

Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt

Zur Mägd, St. Johans-Vorstadt 29, 20 Uhr

Montag, 2. Mai

Partei Vorstandssitzung SP BS

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

1.-MAI-FEIERN



PROGRAMM BASEL-STADT

10 Uhr Besammlung auf dem Messeplatz

10.30 Uhr Demo

11 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz

Ab 12 Uhr Fest auf dem Barfi (u. a. mit Bajanski Bal)

Offizielles Programm wird noch via Newsletter und Homepage kommuniziert.

PROGRAMM BASEL-LAND

13.30 Uhr Besammlung Bahnhof Liestal

Anschliessend Umzug durch das Stedtl

Ca. 14 Uhr Kundgebung am Zeughausplatz

Hauptreferentin: Nationalrätin Jacqueline Fehr

ZUGESPITZT

Der Thurgau braucht mehr Linke, die sich für alle statt für wenige einsetzen

Auf der grünen Wiese kurz vor Weinfelden steht plötzlich ein riesengrosser, roter Stuhl. Von der Plakatwand grüssen Lukas, Theresa, Meret und Annina, von den Kandelabern Hannes, Edith, Peter und Heidi. Vor dem Einkaufszentrum unterschreiben KonsumentInnen die Erbschaftssteuerinitiative. Die Wahlfeier für unseren Regierungsrat Claudi Graf-Schelling wird zur Premiere einer politischen Schnitzelbank. Am Bahnhof von Frauenfeld stehen nette Rote und verteilen ebensolche Flyer. In Münchwilen gibt's Strassenaktionen. Im Privatgärtchen nebenan stehen rote Stühle. An den Kandelabern in Weinfelden flattern die roten Stühle im Wind. In Kreuzlingen gibts rote Ostereier, in Arbon erfrischende Zeltli und in Weinfelden viele, viele bunte Smarties.

Am 15. April sind Kantonsratswahlen, und das ist nicht zu übersehen! Unsere KandidatInnen sind aktiv und engagiert unterwegs. Die Sozialdemokratinnen, Gewerkschafter und Jusos sind sehr präsent.

Die linke Wahlkampagne ist kreativ und frisch, genau so wie die Menschen, die dahinterstehen. Es ist eine wahre Freude, mit welcher Begeisterung die KandidatInnen und all ihre Helferinnen und Helfer unterwegs sind.

Frischer Wind tut Not, denn der Thurgauer Grosse Rat ist bisher viel zu bürgerlich und zu konservativ. Wir brauchen offene, neue, solidarische Kräfte, die sich für unsere Anliegen einsetzen. Wir brauchen:

- mehr faire Löhne und gute Gesamtarbeitsverträge
- mehr nachhaltige Mobilität statt neue Schnellstrassen
- mehr Steuergerechtigkeit für alle statt Steuergeschenke für Reiche
- mehr erneuerbare Energien statt gefährliche Atommeiler
- mehr aktive Familienförderung statt «Heimchen am Herd»-Denken
- mehr Raumplanung statt weitere Zersiedlung
- mehr Bildungschancen für alle
- mehr sozial denkende ParlamentarierInnen.

Deshalb sind die kommenden Wahlen so wichtig. Wir müssen unbedingt Sitze gewinnen und unsere Fraktion SP und Gewerkschaften stärken.

Liebe Leserin, lieber Leser

Nun brauchen wir dich! Mach auch du mobil. Überzeuge deine Familie und Freunde, deine

Nachbarin und deinen Arbeitskollegen, deine Chefin und den Stift, die Stammtischrunde und deinen Verein davon, dass es nur eine richtige Wahl gibt: SP und Gewerkschaften und auch die Jusos.

SP wählen, das ist der einzige Weg in eine sozialere, ökologischere und gerechtere Zukunft, eine Zukunft für alle statt für wenige,

- weil immer mehr Familien unfreiwillig auf Diät sind (Lukas, 27)
- weil auch die Jungen irgendwann die Alten sind (Annina, 26)
- weil faire Löhne geiler sind als Geiz (Theresa, 26)
- weil Fukushima auch Mühleberg sein kann (Meret, 38).

LISTE 3: FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE!

Renate Bruggmann
Fraktionspräsidentin SP und
Gewerkschaften





Die Lehrerinnen und Lehrer demonstrieren gegen den Bildungsabbau.

Kein Frieren in der Steuerhöhle

Der Kanton Bern ist kein armer Kanton. Er ist sogar reich. Aber setzt er das Geld wirklich überall richtig ein und macht Steuernsenken immer Sinn?

Der Kanton Bern hatte vor zehn Jahren 11 Milliarden Schulden. Heute sind es weniger als sechs. Stehen wir nun besser da? Das ist ungewiss. Denn da sind noch die stark schwankenden BKW-Aktien und Löcher von drei bis fünf Milliarden Franken bei den Pensionskassen. Klar ist aber, dass der Kanton von vielen schlechter gemacht wird, als er ist. Der Kanton Bern hat am meisten Arbeitsplätze im zweiten Sektor.

Schwierige Zeiten in Aussicht

In den letzten Jahren hat der Kanton Bern die Steuern kontinuierlich gesenkt. In vielen kleinen Schritten. Nie spektakulär. Zu oft nur für die Reichen. Jetzt klafft wieder ein riesiges Defizitloch in den Budgets. Doch zuerst hat das Volk die Möglichkeit, über weitere Steuervorlagen zu entscheiden.

Ja zur Initiative

Die von den Gewerkschaften, SP, Grünen und EVP eingereichte Initiative für «Faire Steuern – für Familien» hat drei Ziele:

- Abschaffung der Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer
- Rücknahme der letzten, nicht finanzierten Steuernsenkung

- Erhöhung des Kinderabzugs auf 8000 Franken

Dem Kanton flössen mit dieser Initiative 80 Millionen mehr in die Kasse. Da die bürgerliche Mehrheit im Grosse Rat Angst vor einem Erfolg hat, setzt sie auf einen Gegenvorschlag mit folgenden Punkten:

- Verschärfung der Pauschalbesteuerung
- Beibehaltung der Steuernsenkung
- Erhöhung des Kinderabzugs auf 8000 Franken.

Womit am Schluss das Loch in der Staatskasse sogar noch grösser würde!

Unsere Parole ist klar: Der Initiative zustimmen und den Gegenvorschlag versenken. Die Ausserhändlerinnen und -händler haben es uns vorgemacht und die ungerechte Pauschalbesteuerung versenkt. Ganz klar und fadengrad.

Nein zum Volksvorschlag

Fast einstimmig hat der Grosse Rat 2009 eine Revision der Motorfahrzeugsteuern verabschiedet. Mit den Stimmen der SVP. Die Vorlage sah moderate Steuernsenkungen und ökologische Anreize vor. Ein Garagist reichte einen Volksvorschlag ein. Dieser beinhaltet eine massive Senkung der Steuern um rund 100 Millionen Franken und wenig ökologische Steuerung. Die SVP schwenkte 180 Grad um und in der Volksabstimmung entstand ein Patt. Aus bekannten Gründen wird die Abstimmung wiederholt.

Für uns ist klar: Grossratsvorlage ja, Volksparteivorschlag nein.

Keine Geschenke für Reiche

Wer ein Haus kauft, muss Handänderungssteuern bezahlen. Jetzt will der Hauseigentümerversband diese Abgabe, die meist nur Vermögende trifft, abschaffen. Weitere 60 Millionen Franken stehen für den Kanton Bern im Jahr 2013 auf dem Spiel. Das entspricht der Streichung einer Lektion für unsere Schülerinnen und Schüler. Unverantwortlich und kurzsichtig. Wir lehnen diese Initiative ab.

Und Einsparungen?

Der Kanton Bern investiert jährlich fast 600 Millionen Franken. Früher waren es 300 Millionen. Etwas zu viel davon geht in den Strassenbau. Aber viele Investitionen in zukunftsgerichtete Bildungszentren, in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und für den Langsamverkehr sind sinnvoll und langfristig nötig. Etwas weniger, etwas etappiert ist möglich, wird aber den Betroffenen weh tun.

Wir wohnen in keiner Steuerhöhle. Aber bei diesen Abstimmungen müssen wir ganz fest schauen, dass unser Kanton lebenswert und liebenswert bleibt.



Matthias Burkhalter ist Grossrat, Vizepräsident Finanzkommission und Präsident der Kommission «Faire Steuern – für Familien»

TSCHOU

Ein trotziges «Aber» hat die BKW-Führung noch gewagt, erst 2020 sei Schluss mit dem AKW. Gerne würde ich mit dem Auslauf-CEO Rohrbach wetten: Spätestens 2013 wird der Schrottreaktor abgestellt. Sicherer wäre morgen.



Jeder Franken für die Reparatur-Pflasterli ist verloren für die neue Unternehmensstrategie. Und das ist die Neuigkeit im sonnigen März

2012: Der Sinneswandel bei der BKW. Neu wird auf Strom aus Wind, Sonne und Wasser sowie aufs Stromsparen gesetzt. Das freut besonders die Berner SP, unsere langjährigen Forderungen sind zur mehrheitsfähigen Versorgungsstrategie geworden. Zugegeben, so schnell ging es noch selten, bis eine SP-Vision zur breit abgestützten Überzeugung der Mehrheit wurde. Zwei Faktoren führten zum raschen Erfolg. Einerseits Fukushima, andererseits verdient die rot-grüne Regierung Lob. Trotz dem beschränkten Einfluss auf den Verwaltungsrat der BKW hat offenbar hartnäckiges Verhandeln zum Umdenken geführt. Unbeirrt von den Anfeindungen durch die bürgerliche Mehrheit im Grosse Rat setzten sich unsere Regierungsmitglieder bereits anfangs 2011 gegen ein neues AKW ein. Das ärgert die bürgerliche Mehrheit noch heute und als «Strafmassnahme» hat sie nun im neuen Gesetz für politische Rechte einen Maulkorb-Artikel durchgesetzt: In Zukunft darf die Regierung keine eigenständige Meinung mehr vertreten. Aber vielleicht denkt ja der Grosse Rat auch hier mal um...

Roland Näf, Parteipräsident
SP Kanton Bern

Nach der Energiewende die Verkehrswende

Mit einer Initiative verlangt der Verkehrsclub der Schweiz einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Der Bundesrat stellt der Initiative einen direkten Gegenvorschlag namens FABI entgegen.

Im September 2010 reichte der Verkehrs-Club der Schweiz seine Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» ein, zu der die SP 30 000 Unterschriften beigesteuert hat. Die Initiative schlägt vor, beim Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen klare Prioritäten zu setzen. Sie will mehr Gelder als heute in den öffentlichen Verkehr fliessen lassen. Dazu soll ein Teil der Mittel, welche heute für den Bau neuer Autobahnen vorgesehen sind, neu dem öffentlichen Verkehr zugute kommen. Damit erreicht die Initiative gleichzeitig, dass die Autobahnen nicht mehr weiter im grossen Stil ausgebaut werden.

Die Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» ist unbequem. Indem sie nämlich vorschlägt, Prioritäten zu setzen, zwingt sie uns, unsere Verkehrspolitik als Ganzes zu hinterfragen. Genau dies müssen wir angesichts

der Energiekrise, der Klimaerwärmung und der knappen Bodenressourcen in unserem Land aber tun. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir weiter in der Logik des «Immer mehr Verkehr» verhaftet bleiben oder ob wir nicht vielmehr eine qualitative Verbesserung anstreben wollen. Die zweite Variante drängt sich ganz klar auf, denn unser heutiges Verkehrssystem ist in keiner Art und Weise nachhaltig – weder im Hinblick auf den Energieverbrauch noch klimapolitisch oder raumplanerisch.

Bahn bevorzugen, Emissionen senken

Gut ein Drittel der Energie, die wir in der Schweiz insgesamt konsumieren, wird im Verkehr verbraucht. Der Verkehr verursacht auch die Hälfte der CO₂-Emissionen in unserem Land. Eine derartige Abhängigkeit von fossilen Energien heizt die Klimaerwärmung weiter an, stellt aber auch in anderer Hinsicht ein Damoklesschwert dar. Denn unser heutiges Verkehrssystem wird das Versiegen des Erdöls nicht überleben. Strassen verschlingen zudem enorm grosse Bodenreserven und bringen eine Zersplitterung der Lebens- und Arbeitswelten mit sich. So kommt ein veritabler Teufelskreis in Gang: Die Zersiedelung hat zur Folge, dass die Nachfrage nach Mobilität weiter steigt und noch mehr Bodenreserven aufgebraucht werden. Künftig müssen wir deshalb versuchen, unsere Mobilität zu zügeln und die Nachfrage so sauber und nachhaltig wie möglich zu befriedigen. Dies bedeutet einerseits, dass wir der Bahn klar den Vorzug geben müssen, weil sie sechs Mal weniger Energie

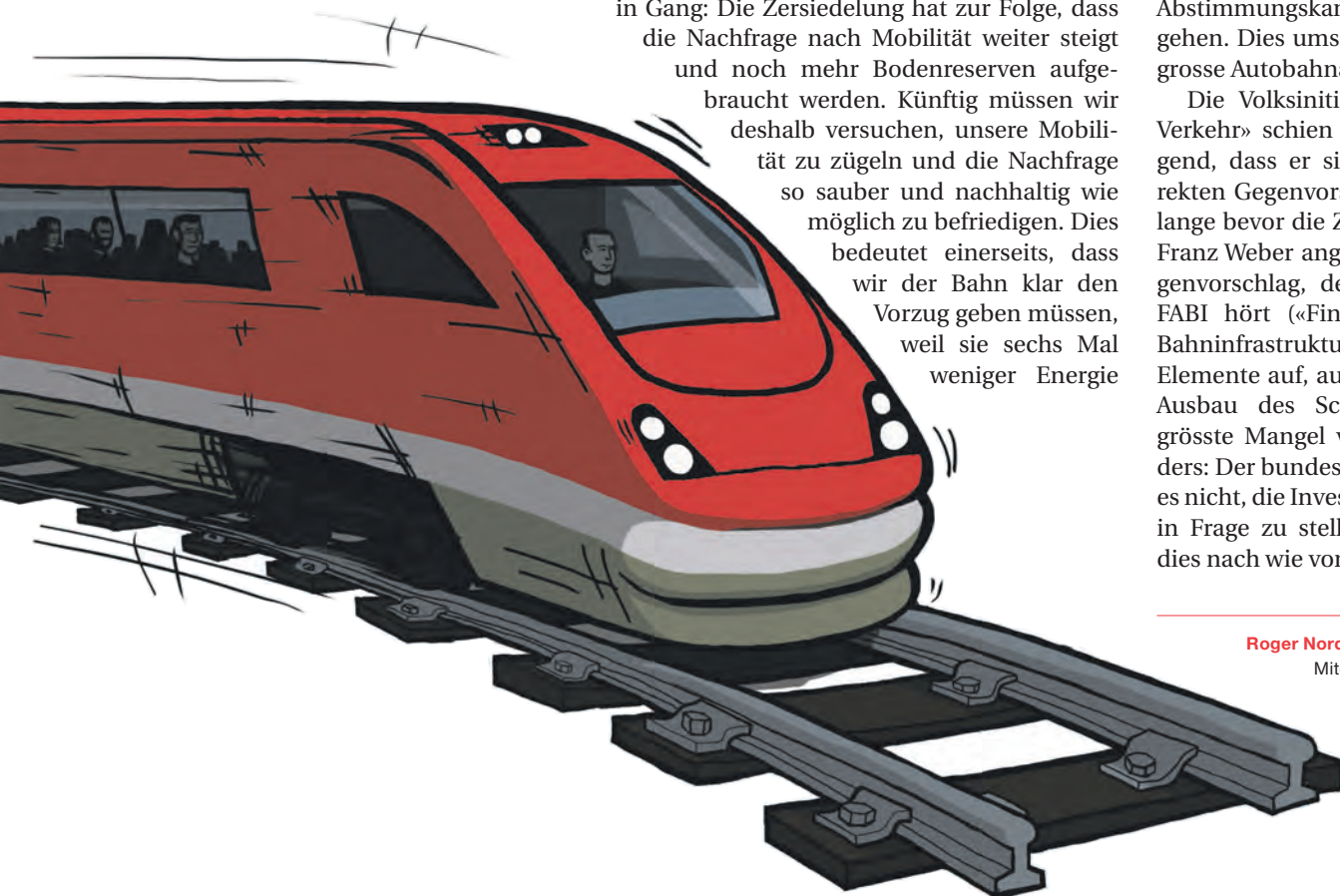
verbraucht als das Auto. Andererseits müssen wir alles daran setzen, den Verbrauch und die Emissionen der Strassenfahrzeuge weiter zu senken.

Neben der Raumplanung stellen auch die Entscheidungen der Politik einen entscheidenden Parameter dar. Denn im Verkehr bestimmt das Angebot weitgehend die Nachfrage: Baut man eine überlastete Autobahn um eine zusätzliche Spur aus, nimmt die Nachfrage zu, bis der entsprechende Autobahnabschnitt einige Jahre später wieder an den Rand seiner Kapazitäten gelangt. Dasselbe gilt für den öffentlichen Verkehr: Solange die Billettpreise nicht steigen, wächst auch die Nachfrage.

Der Bundesrat hält FABI entgegen

Indem die Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» eine Umlenkung der Investitionen von den Autobahnen hin zum öffentlichen Verkehr fordert, schafft sie die Grundlagen für eine strukturelle Modernisierung der Mobilität. Es überrascht deshalb nicht im Geringsten, wenn sie die Verfechter der Mobilität des letzten Jahrhunderts wie TCS, Strasseschweiz oder Economiesuisse aufs höchste verärgert. Im Abstimmungskampf wird es also hart auf hart gehen. Dies umso mehr, als die Strassenlobby grosse Autobahnausbauten fördern will.

Die Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» schien dem Bundesrat so überzeugend, dass er sich veranlasst sah, einen direkten Gegenvorschlag vorzulegen – und dies lange bevor die Zweitwohnungs-Initiative von Franz Weber angenommen wurde. Dieser Gegenvorschlag, der auf den schönen Namen FABI hört («Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur»), weist sogar interessante Elemente auf, auch wenn er zu wenig für den Ausbau des Schienennetzes vorsieht. Der grösste Mangel von FABI liegt jedoch woanders: Der bundesrätliche Gegenvorschlag wagt es nicht, die Investitionen in den Autobahnbau in Frage zu stellen. Auf Regierungsebene ist dies nach wie vor ein Tabu.



Roger Nordmann ist Nationalrat, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen und Vizepräsident des VCS



KNALLROT

Barbara Berger
Zentralsekretärin
SP Frauen Schweiz,
barbara.berger@sp-frauen.ch



Lohnungleichheit ist nicht freiwillig!

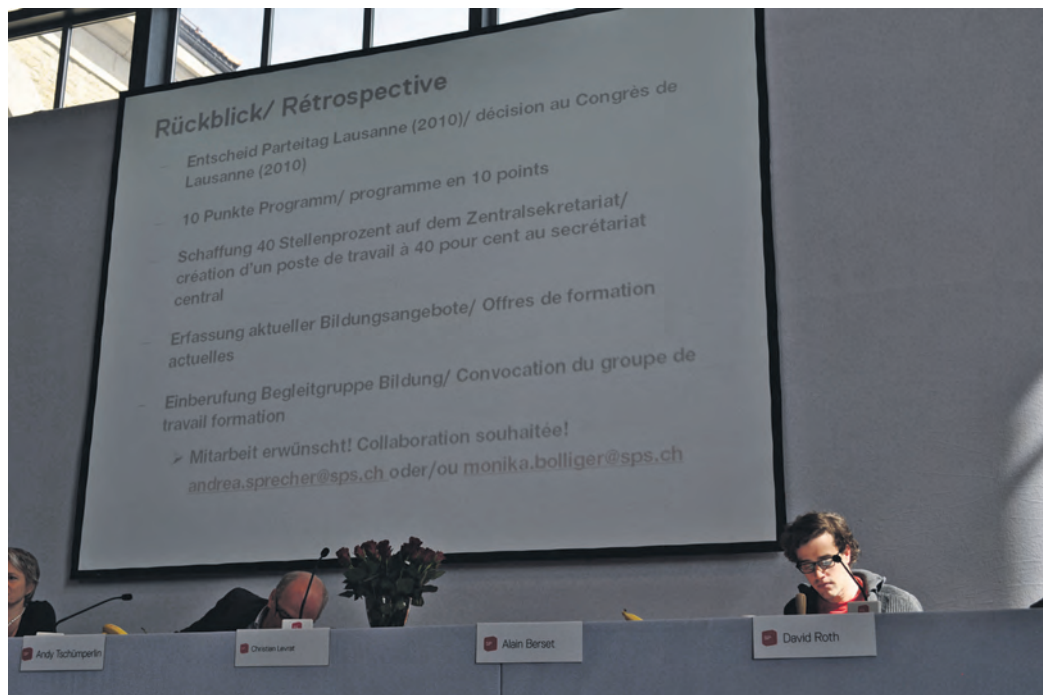
Die Lohndifferenz beträgt noch immer 18,4 Prozent, wie der diesjährige Equal Pay Day und die Frauenallianz zur Lohnungleichheit gezeigt haben. Die Umsetzung würde beim angeschlagenen Tempo noch 91 Jahre dauern. Lohnungleichheit ist ein Verfassungs- und Gesetzesauftrag. Die SP-Frauen haben am Internationalen Frauentag gefordert, dass der Bundesrat diesen Auftrag endlich umsetzt.

Denn der Lohngleichheitsdialog setzt auf die freiwillige Bereitschaft der Unternehmen, ihre Löhne zu überprüfen und diese innerhalb des Dialogs transparent zu machen. 16 Unternehmen haben bis zur Zwischenbilanz im November 2011 teilgenommen. Diese Bilanz ist mager. Der Dialog wurde jedoch forciert und staatliche Massnahmen auf Eis gelegt, weil die WirtschaftsvertreterInnen die Überzeugung vertraten, nur freiwillige Massnahmen würden zum Ziel führen. Das bleibt in den nächsten zwei Jahren zu beweisen.

Der Bundesrat soll in der Zwischenzeit die nötigen Ressourcen sprechen, damit die Lohnungleichheit im Beschaffungswesen garantiert wird. Art. 8 Abs. 1 Bst.c des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1994 über das öffentliche Beschaffungswesen hält fest, dass nur diejenigen Unternehmen vom Bund einen Auftrag erhalten, welche die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann gewährleisten.

Im Jahr 2010 wurden bei vier Unternehmen Kontrollen durchgeführt, während vom Bundesamt für Bauten und Logistik 277 und von der Armasuisse rund 100 Vergaben gemäss dem Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen getätigt wurden. 4 Kontrollen auf 377 Aufträge entspricht 1 Prozent und ist auch nach der Meinung von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf in ihrer Antwort auf die Anfrage von Maria Roth-Bernasconi vom 14. Juni 2011 zu wenig.

Um die im Beschaffungswesen verankerte Lohnungleichheit glaubwürdig umsetzen zu können, müssen die Stichproben deutlich erhöht und dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die ist das Ziel einer Interpellation, die in der letzten Session durch die Waadtländer Nationalrätin Cesla Amarelle eingereicht wurde.



Interne Bildung

Bildung ist ein Eckpfeiler der Demokratie und genauso muss unsere parteiinterne Bildung ein Eckpfeiler unserer Partei sein.

Mit der internen Bildung verfolgen wir das Ziel, uns zu befähigen, unsere Politik weiterzutragen, aus unserem Kreis heraus, in die Beiz, in den Turnverein und an den Arbeitsplatz. Nur wer sattelfest und überzeugt ist, kann das tun. Und nur wenn das möglichst viele tun, finden wir mit unseren Anliegen in der Bevölkerung Gehör.

Eine Begleitgruppe Bildung, die offen ist für alle interessierten GenossInnen, ist dabei, zusammen mit dem Generalsekretariat die interne Bildung neu aufzubauen.

Im Rahmen einer Umfrage wurde zuerst erhoben, wie das bestehende Bildungsangebot in den Kantonen aussieht. Ein grosser Konsens besteht darin, dass ein stärkeres Engagement der SP Schweiz im Bildungsbereich erwünscht ist, ein Engagement, das sich auf 3 Zielgruppen ausrichten soll.

Zentral ist die erste Zielgruppe: die Basis. Hier planen wir auch die ambitionierteste Veränderung. Grundlegend für unsere Überlegungen war die Frage, wo die Basis denn überhaupt ist. Wie erreichen wir sie? An den MVs und GV, sind wir überzeugt. Wir behaupten nicht, dass dort regelmässig grosse Massen anzutreffen sind. Aber wenn ein Mitglied eine Veranstaltung besucht, dann ist es eine vor Ort, eine MV eben oder die GV. Mit Bildungsmodulen, in welchen wir aktuelle politische Themen

mit den Grundwerten der Sozialdemokratie verknüpfen, möchten wir an solchen Sektionsveranstaltungen präsent sein. Wir, das sind Genossinnen und Genossen, die sich in Train-the-Trainer-Kursen dazu ausbilden lassen, solche Module durchzuführen.

Daneben sollen aber auch die Sektionsverantwortlichen gestärkt werden. Viel Zeit geht durch administrative Arbeiten verloren, die oft auf nur wenige Schultern verteilt ist. Mit einer gezielten Unterstützung wollen wir helfen, Raum für die politische Arbeit zu schaffen.

Schliesslich sollen auch die MandatärInnen in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt werden. Dazu gehört auch die Vernetzung der verschiedenen AmtsinhaberInnen untereinander. Beim sogenannten Parlitreffen (organisiert von der JUSO) Anfang März konnten solche Kontakte über die Gemeinde- und Kantonsgrenze hinaus geknüpft werden, ebenso an den länger zurückliegenden Bildungsanlässen für Kandidierende.

Dieses interne Bildungsangebot können wir nicht von heute auf morgen aus dem Boden stampfen. Aber wir sind überzeugt, dass dies der richtige Weg ist, der schlussendlich allen dient. Das geht jedoch nur zusammen mit euch – weshalb wir euch einladen, euch an diesem Prozess zu beteiligen.

Jonas Steiner
ist Mitglied der Begleitgruppe Bildung



Parteienfinanzierung

Credit Suisse und Raiffeisen haben angekündigt, Parteien künftig finanziell zu unterstützen. Das Beispiel könnte Schule machen. Für die SP bringen solche Spenden durchaus Chancen, aber auch Risiken mit sich. Aus diesem Grund werden jetzt in einer internen Vernehmlassung die Kantonalparteien zum Umgang mit Parteispenden befragt. «links» hat zwei Nationalräte nach ihren Argumenten gefragt.



Ja zu Transparenz und Offenlegung Eric Nussbaumer, Nationalrat BL

PRO Die Schweiz hat eine Parteispendenpraxis, die im Dunkeln abläuft. Dazu gehören Köfferlgeschichten, Intransparenz und «erkaufte» Politikpositionen, vielleicht auch Steuerhinterziehung und Geldwäscherei. Wenn diese Dunkelkammer-Praxis aufhört, dann ist das im Interesse unserer Demokratie und der Institutionen, auch im Interesse aller Parteien. Natürlich ist es richtig, weiterhin staatliche Zuschüsse für die schweizerische Parteienfinanzierung einzufordern. Aber die Frage, wie mit Parteispenden umgegangen wird, ist auch mit der Einführung von staatlichen Zuschüssen nicht automatisch beantwortet. Die Frage nach dem Umgang mit Parteispenden von natürlichen und juristischen Personen muss von der SP so oder so beantwortet werden.

Wer Geld spendet, macht das wegen Werten, die er oder sie mit der unterstützten Organisation teilt. Insbesondere Parteispenden von SP-Mitgliedern und SympathisantInnen sind Werte-Spenden. Firmen, die an alle politischen Parteien spenden, tun dies nicht wegen der inhaltlichen Werte der Parteien. Sie haben aber verstanden, dass Dunkelkammerpraxis und Schmiergelddemokratie falsch sind. Sie spenden für eine Demokratie mit Meinungs-

vielfalt. Eine Demokratie-Spende – damit die Meinungsbildung in der direkten Demokratie gelingt, ist gut, weil unsere Bundesverfassung den Parteien diese Aufgabe zuweist: «Die politischen Parteien wirken an der Meinungsbildung des Volkes mit.» Dieser Prozess kann durch Parteispenden von Privatpersonen und Firmen gefördert werden.

Das Ja zur Parteispende verlangt aber klare Regeln. Erstens: Anonyme Parteispenden lehnen wir ab. Zweitens: Wir lehnen jede Parteispende ab, die auch nur ansatzweise eine Gegenleistung der SP erwartet oder unsere freie Meinungsbildung einschränkt. Drittens: Wir lehnen Parteispenden von Unternehmen ab, welche im Mehrheitsbesitz von Bund, Kanton oder Gemeinden stehen. Viertens: Wir veröffentlichen umgehend mit Namen jede Parteispende über 5000 Franken. Fünftens: Für Grossspenden legen wir in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Europarates einen jährlichen Maximalbetrag von z.B. 50 000 Franken fest – falls grössere Spenden angeboten werden, gehen sie in eine parteinahe Stiftung für politische Bildung. Wir sollten die Spenden annehmen und Ja sagen zu grösster Transparenz und als SP die beste Offenlegungspraxis umsetzen.



Die Gelder werden weiter im Dunkeln fließen Cédric Wermuth, Nationalrat AG

CONTRA Vor der Frühlingsession hat die Parteispitze der SP klare Bedingungen an den Bundesrat gestellt: Wir wollen eine konsequente Umsetzung der Weissgeldstrategie und ein Ende des Bankgeheimnisses, sonst kann die SP dem Zusatz zum Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA nicht zustimmen. Der Bundesrat hat die Bedingungen nicht erfüllt, die Mehrheit der SP-Fraktion stimmte dem Abkommen trotzdem zu – zur Entlastung der von einem Gerichtsverfahren bedrohten Credit Suisse. Für dieses Ja gab es nachvollziehbare Argumente. Hätte die CS allerdings bereits jetzt eine Spende an die SP überwiesen, würde uns niemand glauben, dass der Meinungsumschwung der Partei damit nichts zu tun hat – zu Recht. Schliesslich haben wir bei der UBS-Rettung genau das den Bürgerlichen vorgeworfen. Das grosse Kapital der Sozialdemokratie war nie ihr Kampagnenbudget und wird es nie sein. Wäre das Geld ausschlaggebend für die Stärke der Parteien, hätten wir 5 Prozent WählerInnenanteil und die SVP 75 Prozent. Unser Kapital sind die Genossinnen und Genossen, die für unsere Ideen auf der Strasse stehen. Und unsere Glaubwürdigkeit als einzige Partei, die die Mehrheit der

Menschen vertritt und nicht die Mehrheit des Aktienkapitals.

Das aber die Glaubwürdigkeit der SP unter den Spendengeldern leiden wird, wissen auch die Bürgerlichen. Darum hat auch keine bürgerliche Partei auf die Ankündigung der Banken beunruhigt reagiert. Für die rechte Mehrheit sind wir dann gefährlich, wenn wir wieder eine Bewegung werden. Fehlende Spenden sind nicht das zentrale Problem – im Gegenteil. Blicken



wir nach Frankreich, Deutschland oder die USA: Je mehr Geld in der Politik ist, desto weiter entfernen sich die Eliten von der Basis. Weg von den Mitgliedern, hin zu den GrossspenderInnen.

Wer glaubt, die Vorschläge von Raiffeisen, CS und UBS würden etwas an der intransparenten Politikfinanzierung ändern und den finanziellen Abstand zu den Bürgerlichen verkleinern, ist naiv. Die Gelder werden – gerade für Abstimmungskampagnen – auch weiterhin im Dunkeln fließen. Mit dem neuen System soll das Schattenfinanzierungssystem auf bürgerlicher Seite nicht etwa beendet, sondern vielmehr geschützt werden. Es geht den Rechten und der Wirtschaftselite am Schluss darum, das zu verhindern, was sie wirklich fürchten: Volle Transparenz und eine staatliche Parteienfinanzierung.

Le PS à La T'Chaux

An der Delegiertenversammlung der SP Schweiz trafen sich am 31. März rund 200 Delegierte aus der ganzen Schweiz in der Uhrenstadt La Chaux-de-Fonds, die dieses Jahr auf 100 Jahre linke Regierungsmehrheit zurückblicken kann.



Treffpunkt der Delegierten der SP Schweiz: die Ancienne Usine électrique, das ehemalige Elektrizitätswerk von La Chaux-de-Fonds.



Spektakuläre Kulisse: Die grosse schwarze Maschine (ein Generator) brachte so manches Augenpaar zum Strahlen.



Francis Matthey, Bundesratskandidat von 1993, schmückt den Saal mit den Aprilglocken, die er auf der Vue des Alpes für die DV gepflückt hat.



Bundesrat Alain Berset bereitet sich am Tisch der Freiburger Delegation auf seine Rede vor.



Standing Ovation – und zwar nicht nur vom Podium – für Thomas Christen, der im Februar als Generalsekretär zurückgetreten ist.



Tout s'est bien passé! Jacques-André Maire und Anne Tissot, Nationalrat und SP-Parteisekretärin des Gastgeberkantons Neuenburg, beim Apéro.

LESERINNENBRIEFE

Die Schweiz braucht eine starke, staatstragende linke Partei

Die Welt ist in rasantem Wandel. Es gibt positive Trends, aber auch sehr viele Probleme, die zu bedrohlichen Zuständen führen können.

Beispiele: der Finanzfeudalismus als wahrscheinliche neue Weltordnung, das Schuldenproblem, durch Rezessionen ausgelöste Umwälzung bis hin zu Kriegen, die totale Kontrolle und Manipulation der Menschen durch die immer raffiniertere, besser vernetzte Informatik, der Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche bei wachsender Weltbevölkerung, die globale Klimaveränderung, die Migration, der härter werdende Kampf um Ressourcen.

Wie immer in harten Zeiten wird in erster Linie die Masse der einfachen Menschen getroffen. Nur eine sehr starke linke Partei kann sich wirkungsvoll für sie einsetzen. Aber sie kann nicht stark werden, wenn das Volk nicht darauf vertrauen kann, dass sie staatstragend ist. Das heisst, dass sie, einmal an der Macht, weder die Wirtschaft noch die Sicherheit des Landes mit Experimenten aufs Spiel setzt. Die heutige SPS ist nicht staatstragend. Das Parteiprogramm muss in zentralen Punkten revidiert werden. Hier können nur einige Punkte kurz genannt werden.

Ehrlichkeit. Das Parteiprogramm sollte aufrichtig sein. Es behauptet, trotz all der geforderten Veränderungen könne der

Wohlstand weiter wachsen. Das Gegenteil wird eintreten.

Pflichten. Im Parteiprogramm wimmelt es von Rechten. Es nennt nur einmal die Pflicht, nämlich die der «anderen», die des Eigentums. Aber keine demokratische, soziale Gesellschaft kann ohne die Übernahme von Pflichten durch die Einzelnen, z.B. zur eigenen Anstrengung, bestehen. Mit der ausschliesslichen Nennung von Rechten wird eine parasitäre Anspruchshaltung geschaffen.

Die menschliche Natur ist das Problem, nicht die Organisationsform der Staaten und der Wirtschaft. Die Grundfrage muss lauten: Wie kann der Missbrauch der Macht verhindert und ihr Einsatz für das Gemeinwohl gesichert werden?

Solange die Welt nicht so ist, wie es sich die SPS (und der Verfasser) wünscht – was noch lange dauern wird –, brauchen wir eine glaubwürdige, auf dem Milizsystem und einer allgemeinen Dienstpflicht basierende Armee, die unser Land verteidigen kann.

Weltweit sind wir dank der Neutralität als friedliebendstes Land hoch angesehen. Sie muss Basis unserer Aussenpolitik bleiben.

Die SPS sollte sich für ein stabileres und wesentlich demokratischeres Europa einsetzen, damit wir uns später für einen Beitritt entscheiden können.

Das Programm krankt an mangelnder Kompetenz und internationaler Erfahrung in Wirtschaftsfragen.

Gotthard Frick, Bottmingen

«Im Moment gelingt uns fast alles»

Seit Mitte Februar hat die SP-Bundeshausfraktion einen neuen Präsidenten: Andy Tschümperlin. «links» hat ihn am Rande der Frühlingssession zu einem Gespräch getroffen.

Andy sitzt auf einem Stuhl im Grünen Zimmer im Bundeshaus und scrollt auf seinem iPad auf und ab. Auf dem Bildschirm: Die Grossfamilie Tschümperlin beim Mittagessen, inklusive Grosseltern, Bruder und Lehrling des Familienbetriebs. Die «Schweizer Illustrierte» hat eine Homestory über ihn gemacht. Seit er Mitte Februar überraschend als Fraktionspräsident der SP gewählt wurde, interessieren sich die nationalen Medien für den 50-jährigen Nationalrat aus dem Kanton Schwyz.

Familienmensch mit starken Wurzeln

«Ganz zuerst bin ich Familienmensch, verwurzelt unter den Mythen, unseren Hausbergen», sagt Andy. Er sei ein traditioneller Mensch und habe immer um diesen Talkessel herum gelebt. Seine Frau und er haben zusammen vier Kinder im Alter von 14 bis 23 Jahren. Als Lehrerin und Lehrer haben sich Tschümperlins die Familienarbeit immer teilen können. «Wir haben einen grossen roten Kühlschrank, daraus leben wir», sagt Andy.

Familienmensch, traditionsbewusst, Kanton Schwyz – wie wird so einer bloss Sozialdemokrat? Als Lehrer habe er gesehen, wie wichtig soziale Gefüge und intakte Familien seien, sagt Andy. Stark politisiert hat ihn die Migrationsfrage: Er habe erlebt, wie Kinder mit einem -ic am Schluss des Namens diskriminiert wurden, und er habe oft gegen Rassismus angekämpft und viel Aufklärungsarbeit geleistet. Erst später, in seiner Ausbildung zum Reallehrer in Luzern, habe er die Hintergründe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung kennengelernt und gemerkt: «Ich bin Sozialdemokrat.» Zurück in Schwyz habe er «die Sozialdemokraten gesucht». Gefunden hat er zwei, drei Gewerkschafter zwischen siebzig und achtzig Jahren, die sich freuten, dass da ein Junger kam.

«Auf eine Art ist man hier als Linker schon ein Aussenseiter, auf eine andere aber auch nicht», sagt Andy. Durch seine Vereinsmitgliedschaften sei er immer schon in der Gemeinschaft eingebunden gewesen: Andy ist passionierter Fasnächtler und Ehrenmitglied der «Schwyzer Nüssler», eines Vereins mit 100-jähriger Tradition. Andy ist sehr musikalisch: Er habe sehr früh mit dem Geigenspiel begonnen. Später sei er dann mehr auf Bob Marley gestanden und habe Dreadlocks getragen, auch wenn man sich das schwer vorstellen könne. Heute

spielt er in der Status-Quo-Coverband «Stets ä Soo» – als Bassist, weil er zu wenig Zeit zum Üben hat, wie er sagt.

Innerhalb der SP wird Andy eher dem rechten Flügel zugeordnet. Er selber sieht das anders: «Ich gehöre nicht dorthin.» Aber er weiss, dass man das über ihn sagt: «Solche Dinge hat man immer wieder gehört – gerade auch im Vorfeld der Wahl des Fraktionspräsidiums.» Dabei unterscheide sich sein Abstimmungsverhalten von demjenigen seiner Gegenkandidatin Jacqueline Fehr nur minim. Überhaupt: Von einem rechten und einem linken Flügel innerhalb der SP-Fraktion will Andy nichts wissen. Die Fraktionsmitglieder lägen mit ihren Meinungen meistens gar nicht so weit auseinander. Und je nach Thema gebe es immer wieder wechselnde Koalitionen.

Plötzlich Fraktionspräsident

So nervös wie am Tag der Wahl sei er in seinem Leben noch selten gewesen, sagt Andy. «Ich habe gedacht: Jetzt kriegst du eine Riesenklappe. Und dann lachen sie dich zuhause aus.» Auch die Medien hätten geschrieben: «Tschümperlin hat keine Chance – was will der gegen Jacqueline Fehr, die Städterin? Der Tschümperlin aus dem Kanton Schwyz, der spielt doch in Bern keine Rolle!» Vor der Wahl habe er gedacht: «Hoffentlich wird es einfach möglichst eng. Und dann gehe ich zurück an die Fasnacht.» Er sei «schon etwas erschrocken», als er dann gewählt worden sei. Obwohl ihm alle gesagt hätten, er müsse im Vorfeld der Wahl seine Leute bearbeiten, habe er das nie getan. Das entspreche einfach nicht seinem Naturell. Gewollt habe er den Job aber schon, er passe zu ihm. «Ich bin dieser Typ», sagt Andy. Auch wenn es nicht immer einfach sei,

die Fäden zusammenzuhalten. «Wir wissen ja: Parlamentarier sind Alpha-Tiere. Jeder will hier seinen Platz finden – was auch richtig ist. Am Schluss musst du aber Position beziehen, die Fraktion in eine Richtung bringen. Und das ist das Spannende, das ist ein wenig wie eine Klasse leiten oder ein Lehrerkollegium.» Bis vor kurzem war Andy noch Leiter einer Integrationsschule in Zug, das komme ihm jetzt zugute, sagt er. «Wenn du immer Menschen geführt hast, weisst du, wie so Prozesse funktionieren», sagt er. Politikerinnen und Politiker seien es gewohnt, ihre Position durchbringen zu wollen.

Gibt es neben dem Fraktionschef noch einen Nationalrat Tschümperlin? «Ja, den gibts noch», sagt Andy, «im Kanton Schwyz sowieso.» Er müsse eben nicht gleich funktionieren wie ein Städter, müsse sich nicht ständig profilieren. Im Kanton Schwyz sei er der Tschümperlin, der einzige Linke, ausser Konkurrenz.

Positives Fazit der ersten Session

Welches Fazit zieht Andy aus seiner ersten Session als Fraktionschef? «Ich spüre, dass viele Leute Vertrauen in mich haben», sagt er. Allerdings würden auch viele auf ihn zukommen und sagen, sie hätten ihn nicht gewählt. Das sei aber kein Problem für ihn. Er schätze die Arbeit der Fraktion unglaublich. «Im Moment gelingt uns fast alles – der Kampfflieger fällt auch noch und Mühleberg schalten wir auch noch ab», sagt Andy und lacht. Aber es hänge ja nicht alles vom Fraktionschef ab: «Ein grosser Teil der politischen Arbeit läuft über persönliche Kontakte, darin sind wir im Moment stark. Während der Session gehst du mal mit dem essen oder mit dieser Gruppe. Eine wichtige Rolle spielt auch der FC Nationalrat. Da gehst du nach dem Training zusammen essen und besprichst politische Geschäfte.» Ist die Session ein wenig wie ein Klassenlager? Andy lacht: «Ja, doch, schon. Oder wie ein WK – ausser, dass es viel bequemer ist und man besser isst.»

Andrea Bauer



ROTSTICH

Dreifach-Griechen

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott bekanntlich nicht zu sorgen. Niemand weiss das besser als die Griechen. Typisch griechisch sind nicht länger Gyros, Ouzo und Sirtaki, sondern Staatsbankrott, Faulheit und Versagen. Die Wiege Europas als Hängematte Europas. Ein Ball, den um originelle Titelzeilen bemühte JournalistInnen gerne aufnehmen: «Bern ist das Griechenland der Schweiz», titelte das Qualitätsblatt «20 Minuten» bereits in der Vorweihnachtszeit und stellte damit den Finanzausgleichs-Nettobezüger an den Pranger. «Fehlendes Flair fürs Geschäften und Gewinn» diagnostiziert Dr. Beat Kappeler, wie immer um kein kerniges Zitat verlegen.

Neues Jahr, alte Pointe: «Die Griechen der Schweiz» trompetet nun auch Köppls «Weltwoche». Lieber gut kopiert als schlecht erfunden. Gemeint sind diesmal «les Welsches». «Tuschur rigol, shamè travaï!» – nach diesem Motto lässt man ennet dem Röstigraben die Seele baumeln und suhlt sich in lebensbejahender Unproduktivität. Doch damit nicht genug: Leser Michael G. weiss in einem schaurig geistreichen Online-Kommentar zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle» zu schreiben: «Linke arbeiten im Normalfall für Gewerkschaften, auf Ämtern oder bei öffentlich-rechtlichen Medien – sie sind unsere Griechen.»

Ja, was denn nun? Da kommt ja keiner mehr mit! Der Wanderpreis für Müssiggang und ökonomisches Unvermögen macht so schnell die Runde, dass einem schwindlig werden könnte. Wer einen kühlen Kopf bewahrt und die Schnittmenge bestimmt, erkennt: Die Dreifach-Griechen unter den Schweizern sind – genau! – unsere Genossinnen und Genossen aus dem Berner Jura. Wer zwischen Biel und Moutier zuhause ist, hat ein wahrhaft schönes Leben. Darauf trinken wir – einen Ouzo oder ein Glas Weisswein. Santé, chers et chères camarades!

Cüpli-Sozi

WIDERSPRUCH

Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand



Mit seinem Schwerpunkt interveniert das neue Widerspruch-Heft 61 in eine brennend aktuelle Diskussion. Die Macht der Finanzmärkte, der US-Rating-Agenturen und der Banken setzt in den hochverschuldeten Euroländern seit Herbst 2011 zunehmend Politik und Demokratie ausser Kraft. Die zur Lösung der Staatsschuldenkrise diktierten drakonischen Sparmassnahmen treffen, so etwa in Griechenland, nicht die Milliardäre und Millionäre, die ihr Privatvermögen unversteuert auch auf Schweizer Banken bringen und dort «arbeiten» lassen. Betroffen

sind wieder mal die Lohnarbeitenden und die Prekarisierten, derweil die Arbeitslosigkeit rapide steigt und der Sozialstaat in der EU weiter abgebaut wird. Dadurch, so der Soziologe *Ueli Mäder*, vertieft sich der Graben zwischen Reich und Arm; Proteste und soziale Unruhen sind die Folgen.

Wie sich die sukzessive Entmachtung des Europäischen Parlamentes vollzogen und sich in der EU der Führungsanspruch des Exportweltmeisters Deutschland durchgesetzt hat, rekonstruiert der Europaexperte *Klaus Dräger*. Das Zustandekommen des anhaltenden Drucks der Troika (EU-Kommission, IWF, EZB) auf Griechenland und seine ökonomischen, rechtspolitischen und sozialen Auswirkungen untersuchen *Gregor Kritidis* und *Giorgos Kassimatis*. Verständlicher wird dabei unter anderem die Deutschlandfeindlichkeit in der griechischen Bevölkerung angesichts Merkels und Schäubles Eurorettungspolitik, die vor allem im Dienste der Gläubigerinteressen steht.

Während alle auf die Staatsschulden starren, werden nach *Werner Vontobel* die gestärkte Marktmacht der Unternehmen und die Rolle ihrer Gewinne unterschätzt. Ebenso erhellend

in diesem Zusammenhang sind *Peter Niggli*s Ausführungen über die EU-Rohstoffpolitik und ihre geostrategische Stossrichtung. Die Gewerkschaften wiederum, so *Vasco Pedrina*, lavieren in der Euro-Krise zwischen nationalem Rückzug und europäischer Gegenoffensive; vermehrt haben sie, davon berichten *Natalie Imboden* und *Roland Erne*, gegen Sozialdumping anzukämpfen. Gegen die Macht des Finanzkapitals aber, so kommen *Roland Herzog* und *Hans Schächli* in ihrer Krisenanalyse zum Schluss, taugen einzig zukunftsweisende Strategien eines globalen Transformationsprozesses. Und *Hans-Jürg Fehrs* Plädoyer für einen baldigen EU-Beitritt der Schweiz knüpft an die vom Bundesrat neu eröffnete europapolitische Debatte an und bezieht dezidiert Stellung gegen die aggressive EU-Feindschaft von rechts.

Ein zusätzlicher Diskussions- und Rezensionsteil schliesst das umfangreiche Heft ab. (Pt.)

Widerspruch 61
Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand
216 S., 25 Franken
www.widerspruch.ch

ANZEIGE

Seit 35 Jahren unterstützt Oikocredit benachteiligte Menschen mit fairen Darlehen.

Helfen auch Sie mit, indem Sie Anteilscheine von Oikocredit zeichnen.

Legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an.

www.oikocredit.ch
044 240 00 62



Für Inserate im links

Kilian Gasser
Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12
6460 Altdorf
T 041 871 24 46
M 079 443 55 21
F 041 871 24 47
kg (at) kiliangasser.ch

14. April
Tagung SP MigrantInnen
in Bern (s. Seite 5)

22. Juni
Koordinationskonferenz

23. Juni
**Delegiertenversammlung
der SP Schweiz**

7. September
**Koordinationskonferenz
der SP Schweiz**

8./9. September
**Ordentlicher Parteitag
der SP Schweiz**

www.spschweiz.ch

SP FRAUEN SCHWEIZ

5. Mai, 1. Dezember,
jeweils 10–16 Uhr
Frauenkoordination

18. August, 10–16 Uhr
Frauenkonferenz
Ort noch offen

www.sp-frauen.ch

IMPRESSUM

Herausgeber
SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)
Abonnementspreise
Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
linksabo@spschweiz.ch

Redaktion
Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger
(SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solo-
thurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt),
Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP
Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aar-
gau), Pascal Ludin (SP Kanton Luzern), Benedikt
Knobel (SP Kanton Thurgau), Leyla Gül (SP
Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion
andrea.bauer@spschweiz.ch
Gestaltungskonzept
muellerluetolf.ch

Produktion
Atelier Kurt Bläuer, Bern
Druck
Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen
Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23.3.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 23.4.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

**Möchtest du dich weiterbilden
und gewerkschaftliche Positionen
und Forderungen kennen lernen?
In folgenden Seminaren sind noch
einige Plätze frei.**

D2.1.1206
**Staatsverschuldung –
(k)ein Problem?**
18.4 in Zürich
Ökonomische Analyse von Staats-
haushalten. ReferentInnen: Daniel
Lampart (SGB), Barbara Zahrlí (Mo-
vendo)

D2.5.1213
Über 50, stellenlos – und jetzt?
23./24.4 in Nottwil
Chancen älterer Arbeitnehmender
auf dem Arbeitsmarkt, Energie- und
Geldressourcen, das soziale Netz
ReferentInnen: Doris Bianchi (SGB),
Sylvia Frey (Erwachsenenbildnerin)

D2.4.1219
**Mut zur Zivilcourage – eingreifen
statt wegschauen!**
7.5. in Ostermundigen/Bern
Zivilcourage, Menschenrechte, Vor-
urteile, Diskriminierung, Rassismus,
Gewalt. Referent: Giorgio Andreoli
(Projektleiter gggfon)

D2.3.1201
**Sozialversicherungssystem
verständlich gemacht**
7.5. in Zürich
Überblick über das System der sozi-
alen Sicherung, Drei-Säulen-Prinzip,
Zusammenspiel der einzelnen Sozial-
versicherungszweige, gewerkschaftli-
che Positionen. Referentin: Christine
Goll (ehem. Nationalrätin)

D2.1.1207
Finanzkapitalismus und Krise
10.5. in Olten
Ursachen und Folgen der Krise, Rolle
der Banken und der Börse, Regulie-
rungsmöglichkeiten, gewerkschaftli-
che Forderungen. Referenten: Hans
Baumann (Ökonom und Publizist),
Oliver Fahrni (Thinktank Cargo3)

Das gesamte Kursprogramm findest
du unter www.movendo.ch oder in
unseren Broschüren, die wir dir ger-
ne zustellen (info@movendo.ch oder
Telefon 031 370 00 70).



Bleiberecht für alle statt für wenige! Zur Besetzung des Generalsekretariats der SP Schweiz

Die Bleiberecht-Kollektive reichten am 13. März bei Bundesrätin Sommaruga eine Liste mit Namen von 173 Sans-Papiers ein, die eine kollektive Regularisierung fordern. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, haben wir anschliessend das Sekretariat der SP Schweiz besetzt. Weshalb trifft unser Akt des zivilen Ungehorsams gerade die SP Schweiz?

Es gibt einen direkten Bezug zwischen unserem Kampf für eine kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers und der SP Schweiz. Denn mit Bundesrätin Sommaruga zeichnet ein SP-Parteimitglied als Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements für die Migrationspolitik der Schweiz verantwortlich. Mit der Besetzung richten wir uns zudem an eine der letzten parlamentarischen Parteien, die nicht völlig von der fremdenfeindlichen SVP-Migrationspolitik vereinnahmt sind. Anfang dieses Jahres hat der SP-Parteipräsident Levrat eine parteiinterne Debatte rund um die zukünftigen migrationspolitischen Ausrichtungen der SP Schweiz angerissen. Durch unsere Besetzung möchten wir unsere Hauptforderungen nach kollektiver Regularisierung, Abschaffung des Nothilferegimes, Ausschaffungsstopp und einem Recht auf Arbeit, Familie, Bildung und Gesundheit für alle auch in der SP aktiv zur Diskussion stellen.

Seit der Einführung des Schengenraums und den Verschärfungen im Asyl- und Ausländergesetz hat Europa die Grenzen weiter dicht gemacht. Trotzdem leben in der Schweiz schätzungsweise 300 000 Menschen ohne geregelten Aufenthalt. Wer nicht direkt untergetaucht ist, hat nur über das Asylverfahren die Möglichkeit zu einem Aufenthalt in der Schweiz. Viele Asylsuchende entsprechen jedoch der engen Definition des «echten Flüchtlings» nicht. Ihre Asylgesuche werden abgewiesen und sie unterstehen somit dem Nothilferegime. In Massenlagern eingepfercht, ohne Geld und ohne Recht auf Arbeit, bedeutet dies ein Leben in der ständigen Angst verhaftet und ausgeschafft zu werden – dies meist während mehrerer Jahre. Tauchen die Menschen unter, sind sie gezwungen, sich prekären Arbeitsbedingungen auszusetzen und sich ausbeuten zu lassen.

Die kollektive Regularisierung von Sans-Papiers sollte ein Kernanliegen des Programms der SP sein. Sie kann zudem als flankierende Massnahme gewertet werden, um Lohndumping und Billiglohnkonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern. Wir erhoffen uns durch unsere Besetzung eine parteiinterne Diskussion und daraus resultierend eine Migrationspolitik zu erreichen, die sich nicht an politischen Mehrheiten orientiert, sondern sich für «alle, die nichts haben» einsetzt! Für unseren Kampf um Papiere, Würde und Anerkennung braucht es konkrete Unterstützung seitens der SP Schweiz. Wir wollen eine selbstbewusst agierende SP anstelle einer lethargisch reagierenden SP – nicht länger soll das Feld den bürgerlichen Parteien überlassen werden!

Elango Kanakasundaram (28), Soziologe und Mitglied des Bleiberecht-Kollektivs Bern



DER KLIMAWANDEL VERSCHÄRFT DIE WASSERKRISE.

Helfen Sie uns, Menschen in Dürreregionen mit ausreichend Wasser zu versorgen. Damit sie auch in der Not genug zu trinken haben und ihre Felder bewässern können. www.helvetas.ch



Jetzt per SMS 30 Franken spenden:
Wasser 30 an 488.

Unterstützt durch

 **GEBERIT**



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt